

kaarst*

* Beteiligungsbericht für
das Geschäftsjahr
2014



Stand: 05.10.2015

Herausgeber:

Stadt Kaarst
Bereich Wirtschaft und Finanzen
Kämmerei
Am Neumarkt 2
41564 Kaarst

Telefon: (0 21 31) 987-404
Telefax: (0 21 31) 9877-404
e-Mail: olaf.kretzschmar@kaarst.de

Titelgrafik: © Stauke - Fotolia.com

Der Beteiligungsbericht ist als Beitrag zu einer größeren Transparenz kommunaler Beteiligungen an privatrechtlichen sowie öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einrichtungen anzusehen. Die Informationen erlauben eine bessere Einschätzung und differenziertere Beurteilung der gesamten wirtschaftlichen Lage der Stadt Kaarst sowie seiner Chancen und Risiken, bezogen auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung. Darüber hinaus ist auch für die Öffentlichkeit von Interesse, in welcher Form und in welchem Umfang die Stadt sich außerhalb ihrer Kernverwaltung in ausgliederten Organisationseinheiten privatrechtlich und öffentlich-rechtlich betätigt.

Mit dem Beteiligungsbericht 2014 kommt die Stadt Kaarst ihrer Verpflichtung aus § 117 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) zur Berichterstattung über seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung nach. Gemäß § 52 Gemeindehausverordnung NRW (GemHVO NRW) sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen sind in einer Zahlenreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Bei ihrer Darstellung können bestimmte Vereinfachungen nach Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Anspruch genommen werden. Anhand einer Gesamtübersicht sind alle Beteiligungen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form aufzuzeigen. Sofern die vorstehenden Datengrundlagen nicht vorliegen, sind andere geeignete Unterlagen als Basis für eine entsprechende Beteiligungsdarstellung zu nutzen.

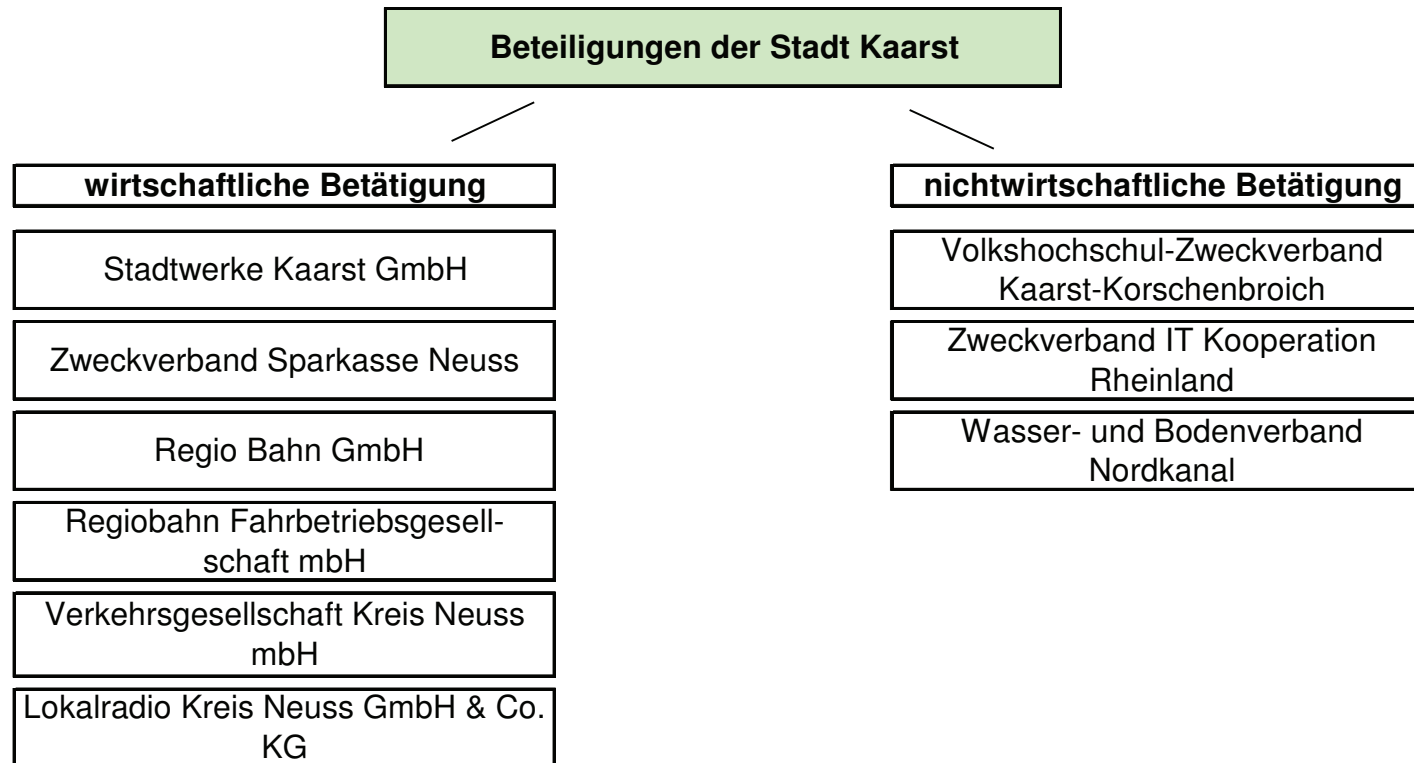
Der vorliegende Beteiligungsbericht 2014 beinhaltet grundlegende Informationen zu den privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der Stadt Kaarst auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse der Gesellschaften zum 31.12.2014. In einzelnen Fällen mussten die Vorjahresdaten als Grundlage genommen werden, da aktuelle Zahlen nicht vorlagen. Hinsichtlich der nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen wurde überwiegend auf Passagen aus den dortigen Prüfberichten zurückgegriffen.

Aufgrund unterschiedlicher Bewertungsmethoden und rechtlichen Grundlagen zur Bewertung einer Beteiligung, wurden die in der Bilanz der Stadt Kaarst zum 31.12.2014 aufgeführten Beteiligungswerte als Fußnoten dargestellt.

INHALT

ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN	5
STADTWERKE KAARST GMBH	6
SPARKASSE NEUSS – ZWECKVERBANDSSPARKASSE DES RHEIN-KREISES NEUSS, DER STADT NEUSS, DER STADT KORSCHENBROICH UND DER STADT KAARST	18
REGIONALE BAHNGESELLSCHAFT KAARST – NEUSS – DÜSSELDORF – ERKRATH – METTMANN – WUPPERTAL MBH (REGIO-BAHN)	32
REGIOBAHN FAHRBETRIEBSGESELLSCHAFT MBH.....	49
VERKEHRSGESELLSCHAFT KREIS NEUSS MBH.....	57
LOKALRADIO KREIS NEUSS GMBH & Co. KG	60
VOLKSHOCHSCHUL-ZWECKVERBAND KAARST-KORSCHENBROICH	70
ZWECKVERBAND IT-KOOPERATION RHEINLAND	81
SCHULVERBAND KAARST-KORSCHENBROICH FÜR DIE MARTINUSSCHULE, FÖRDERSCHULE MIT DEM FÖRDERSCHWERPUNKT LERNEN	FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.
WASSER- UND BODENVERBAND NORDKANAL	97

Überblick über die Beteiligungen



Stadtwerke Kaarst GmbH

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	2000
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 05. Juli 2011
Handelsregister	HRB 10658 (Neuss)

Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Energie einschließlich Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmeversorgung und damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Das Kerngeschäft von SWK ist die Versorgung der Stadt Kaarst mit Energie. SWK hat die ihr von der Stadt Kaarst im Rahmen der Daseinsvorsorge übertragene öffentliche Zwecksetzung nachhaltig erfüllt. Durch die wirtschaftliche und strategische Ausrichtung des Unternehmens ist die Versorgungssicherheit langfristig gewährleistet und die wirtschaftliche Energieversorgung sichergestellt.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital¹ beträgt 2,6 Mio. EUR und wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Stadt Kaarst	2.300.000,00 €	50,00
Gelsenwasser AG	2.300.000,00 €	50,00

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

¹ Der bilanzierte Wert zum 31.12.2014 beläuft sich auf 8.555.550 Euro und wurde nach dem Ertragswertverfahren ermittelt.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der Gesellschafterversammlung ist Herr Günter Kopp; stellvertretendes Mitglied ist Herr Ingo Kotzian.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus sechs Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Kaarst bestellt werden. Drei weitere Mitglieder werden von der GELSENWASSER AG entsendet.

Vertreter im Aufsichtsrat für die Stadt Kaarst waren im Berichtsjahr Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann, Herr Lars Christoph und Frau Claudia Köppe.

Geschäftsführung

Markus Barczik
Heinz-Dieter Vogt (bis 30.09.2014)
Stefan Meuser (seit 14.11.2014)

Nach § 6 des Gesellschaftsvertrages wird die Gesellschaft durch die Geschäftsführer gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann einem Geschäftsführer oder beiden das Recht zur Alleinvertretung eingeräumt werden.

Personalbestand

Die Stadtwerke Kaarst GmbH beschäftigte im Jahresdurchschnitt drei Mitarbeiter, jeweils auf der Basis eines sogenannten Geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses. Der ausgewiesene Personalaufwand enthält die Gehälter dieser Mitarbeiter, sowie der Geschäftsführung einschließlich darauf anfallender Sozialabgaben.

2011	2012	2013	2014
5	5	3	3

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

1. Konzessionsabgaben

Mit der Stadt Kaarst besteht ein Gas-Konzessionsvertrag über die Versorgung der Stadt und ihrer Einwohner mit Gas zu allen Zwecken. Der Vertrag trat zum 01.01.2001 in Kraft und wurde mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen.

Im Berichtsjahr sind Erträge aus Konzessionsabgaben in Höhe von insgesamt 81.758 Euro erwirtschaftet worden. Bezugnehmend auf die Konzessionsabgaben schließen die Stadtwerke Kaarst GmbH im Berichtsjahr mit diesem Wert ab.

2. Nutzung von Einrichtungen

Mit Wirkung vom 01.01.2001 haben die Stadtwerke Kaarst GmbH und die Stadt Kaarst einen Vertrag über die Nutzung von Einrichtungen (z.B. Personal, Räume sowie sachliche Betriebsmittel) abgeschlossen. Der Vertrag läuft bis zum 31.12.2020 und wurde zuletzt mit Wirkung vom 01.01.2009 geändert.

Die Erträge, die sich hieraus für die Stadt ergeben, belaufen sich im Berichtsjahr auf 117.189,60 Euro.

3. Gewinnausschüttung

Die Geschäftsführung hat mit Datum vom 30.03.2015 vorgeschlagen, von dem Jahresüberschuss in Höhe von 1.400.000 EUR und dem Gewinnvortrag in Höhe von 356.800 EUR einen Betrag in Höhe von 1.400.000 EUR an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von 356.800 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Da die Gewinnbeteiligung um ein Jahr zeitversetzt ausgeschüttet wird, ergibt sich für die Stadt Kaarst ein Ertrag aus Gewinnbeteiligungen verbundener Unternehmen in Bezug auf die Stadtwerke Kaarst GmbH in Höhe von 510 Tsd. EUR für das Jahr 2014 (aus dem Jahresabschluss 2013). Die Gewinnbeteiligung ist im Hinblick auf die Kapitalertragssteuer zu versteuern, so dass die Gewinnbeteiligung im Berichtsjahr eine Nettoentlastung in Höhe von 429 Tsd. EUR für den städtischen Haushalt darstellte.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Bilanz

AKTIVA	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	15.500.089,64	5.323.624,42	5.037.689,10
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	218.319,04	1.400,00	3.500,00
II. Sachanlagen	15.279.655,40	5.318.634,49	5.028.246,49
1. Grundstücke	15.315,40	7.331,49	7.331,49
2. Rohrnetz	14.927.059,00	4.980.060,00	4.707.037,00
3. Maschinen und techn. Anlagen	286.219,00	270.688,00	246.643,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	51.062,00	60.555,00	67.235,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	2.115,20	3.589,93	5.942,61
Sonstige Ausleihungen	2.115,20	3.589,93	5.942,61
B. Umlaufvermögen		2.489.678,25	3.332.424,89
I. Forderungen und sonstige	2.767.035,09	2.472.734,67	3.305.505,18
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.205.184,19	1.589.601,78	2.287.491,64
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.094.903,54	95.979,66	602.057,17
3. Sonstige Vermögensgegenstände	466.947,36	787.153,23	415.956,37
II. Guthaben bei Kreditinstituten	197.877,13	16.943,58	26.919,71
Bilanzsumme AKTIVA	18.465.001,86	7.813.302,67	8.370.113,99
PASSIVA	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital	6.356.800,00	3.976.800,00	4.156.800,00
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00	2.600.000,00	2.600.000,00
II. Kapitalrücklage	2.000.000,00	0,00	0,00
III. Gewinnvortrag	356.800,00	356.800,00	286.800,00
IV Jahresüberschuss	1.400.000,00	1.020.000,00	1.270.000,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00
C. Bau- und Ertragszuschüsse	1.545.340,00	721.236,00	843.655,00
D. Rückstellungen	1.470.885,78	1.392.023,39	2.939.791,70
1. Steuerrückstellungen	58.496,00	50.000,00	260.855,15
2. Sonstige Rückstellungen	1.412.389,78	1.342.023,39	2.678.936,55
E. Verbindlichkeiten	8.540.573,08	1.318.178,28	51.250,29
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.810.820,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.382.927,46	437.644,00	44.270,89
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	691.717,28	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	346.825,62	188.817,00	6.979,40
F. Rechnungsabgrenzungsposten	551.403,00	405.065,00	378.617,00

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Entwicklung des Anlagevermögens 2014

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen				Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2014	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2014	Buchwerte 31.12.2013
A. Anlagevermögen										
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.300,00	218.319,04	-	224.619,04	4.900,00	1.400,00	-	6.300,00	218.319,04	1.000,00
	6.300,00	218.319,04	-	224.619,04	4.900,00	1.400,00	-	6.300,00	218.319,04	1.000,00
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke	7.331,49	7.983,91	-	15.315,40	-	-	-	-	15.315,40	7.000,00
2. Rohrnetz	30.422.552,83	10.837.734,44	78.966,25	41.181.321,02	25.442.492,83	890.735,44	78.966,25	26.254.262,02	14.927.059,00	4.980.000,00
3. Maschinen und maschinelle Anlagen	333.783,11	35.964,18	-	369.747,29	63.095,11	20.433,18	-	83.528,29	286.219,00	271.000,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	213.346,95	-	-	213.346,95	152.791,95	9.493,00	-	162.284,95	51.062,00	61.000,00
	30.977.014,38	10.881.682,53	78.966,25	41.779.730,66	25.658.379,89	920.661,62	78.966,25	26.500.075,26	15.279.655,40	5.319.000,00
III. Finanzanlagen										
sonstige Ausleihungen	3.589,93	-	1.474,73	2.115,20	0,00	0,00	0,00	0,00	2.115,20	4.000,00
	3.589,93	-	1.474,73	2.115,20	0,00	0,00	0,00	0,00	2.115,20	4.000,00
	30.986.904,31	11.100.001,57	80.440,98	42.006.464,90	25.663.279,89	922.061,62	78.966,25	26.506,26	15.500.089,64	5.324.000,00

2. Sonstige Ausleihungen

Die Ausleihungen betreffen an Gaskunden gewährte Finanzierungsdarlehen zur Umstellung oder Erneuerung der Heizungsanlage.

3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Abschlagszahlungen auf den abgegrenzten noch nicht abgelesenen Energieverbrauch der Kunden verrechnet.

Der abgegrenzte noch nicht abgelesene Verbrauch vom Stichtag bis 31. Dezember 2014 beträgt 4.243 T€ und ist unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

4. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Stammkapital) in Höhe vom 2.600.000 € ist voll eingezahlt und wird je zur Hälfte von der Stadt Kaarst und von der GELSENWASSER AG, Gelsenkirchen, gehalten.

5. Kapitalrücklage

Zur teilweisen Finanzierung des vom Altkonzessionär erworbenen Stromnetzes haben die Gesellschafter jeweils 1,0 Mio. € in die Kapitalrücklage eingezahlt.

6. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen Aufwendungen für noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen und alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen im Zusammenhang mit Gaslieferungen.

7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten	davon Restlaufzeit				
	T€	T€	T€	T€	T€
	Gesamt 2014	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt 2013
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	6.811	378	1.513	4.920	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.383	1.383	-	-	438
Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern	-	-	-	-	692
Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuer)	346 (182)	346 (182)	-	-	188 (188)
	8.540	2.107	1.513	4.920	1.318

Zur teilweisen Finanzierung des vom Altkonzessionärs erworbenen Stromnetzes wurde ein Darlehen bei der Commerzbank in Höhe von 7,0 Mio. € aufgenommen. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2032.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2013	2012
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (inkl. Energie-/Stromsteuer)	11.181.352,66	13.302.288,90	12.253.493,20
Energie-/Stromsteuer	-998.306,76	-1.224.219,16	-1.130.644,04
Umsatzerlöse	10.183.045,90	12.078.069,74	11.122.849,16
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.380.324,18	1.703.614,68	1.989.855,38
3. Materialaufwand	-8.689.211,02	-10.893.553,37	-9.629.680,38
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-5.261.391,54	-6.828.061,70	-6.515.816,08
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.427.819,48	-4.065.491,67	-3.113.864,30
4. Personalaufwand	-31.849,56	-31.944,94	-30.236,34
a) Löhne und Gehälter	-26.756,50	-26.785,31	-25.425,69
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-5.093,06	-5.159,63	-4.810,65
5. Abschreibungen auf Anlagevermögen	-922.061,62	-586.158,98	-578.347,42
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-816.636,18	-821.883,51	-1.001.352,65
a) Konzessionsabgaben	-81.795,95	-89.602,06	-154.555,02
b) Übrige betriebliche Aufwendungen	-734.840,23	-732.281,45	-846.797,63
7. Erträge aus Ausleihungen des	105,66	205,87	486,77
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.571,29	4.844,09	5.198,12
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-67.310,37	-2.705,59	-3.113,05
Ergebnis der gewöhnlichen			
10. Geschäftstätigkeit	2.038.978,28	1.450.487,99	1.875.659,59
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-638.790,84	-430.394,27	-605.570,13
12. Sonstige Steuern	-187,44	-93,72	-89,46
13. Jahresergebnis	1.400.000,00	1.020.000,00	1.270.000,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

	<u>2014</u>	<u>2013</u>
	T€	T€
Gasabgaben (ohne Energiesteuer)	8.536	10.709
Stromabgaben (ohne Stromsteuer)	1.393	1.219
Aufl. von Bauzuschüssen (einschl. Aufl. des passiven RAP)	250	146
Erlöse aus Nebengeschäften	4	4
	<hr/>	<hr/>
	10.183	12.078

2. Energie-/Stromsteuer

Energie- und Stromsteuer entstehen bei Lieferung von Erdgas und Strom an Endverbraucher. Sie werden offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

3. Sonstige betriebliche Erträge

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 2.000 T€ (Vorjahr: 1.499 €) auf Erträge aus der Verpachtung des Gas- und Stromnetzes an die GELSENWASSER Energienetze GmbH.

4. Personalaufwand

Die SWK beschäftigte im Jahresdurchschnitt drei Mitarbeiter, jeweils auf der Basis eines so genannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses. Der ausgewiesene Personalaufwand enthält die Gehälter dieser Mitarbeiter sowie der Geschäftsführung einschließlich darauf entfallende Sozialabgaben.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Unternehmensaktivitäten

Rahmenbedingungen

Das Kerngeschäft der Stadtwerke Kaarst GmbH (SWK) ist die Versorgung der Stadt Kaarst mit Erdgas und Strom auf Basis der mit der Stadt Kaarst abgeschlossenen langfristigen Konzessionsverträge. Die SWK beliefert Haushalts- und Gewerbekunden mit Erdgas und Wärme sowie seit 2012 mit Ökostrom.

Verpachtung des Gasnetzes

Die Stadtwerke Kaarst GmbH hat sowohl das Gasversorgungsnetz, als auch das zum 1. Januar 2014 von der RWE Deutschland AG erworbene Stromversorgungsnetz an die GELSENWASSER Energienetze GmbH (GWN) verpachtet und damit die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes umgesetzt.

Betriebsführung durch die Gesellschafter

Die Stadtwerke Kaarst GmbH verfügt – mit Ausnahme von drei geringfügig Beschäftigten – über kein eigenes Personal. Der technische Betrieb der Gas- und Stromversorgungsanlagen obliegt der GWN als Pächterin der Anlagen. Die Gesellschafter GELSENWASSER AG, Gelsenkirchen, und Stadt Kaarst führen den kaufmännischen Betrieb auf Basis langfristig geschlossener Betriebsführungs- und Dienstleistungsverträge durch.

Erdgas- und Wärmeversorgung

Im Berichtsjahr blieb die Konkurrenzsituation nach dem Markteintritt von Wettbewerbern, die mit preisaggressiven Angeboten werben, weiterhin sehr stark. Durch attraktive Preise und Produkte sowie dem Angebot individueller Energieberatung hat sich die Stadtwerke Kaarst GmbH auch im abgelaufenen Berichtsjahr in dem Wettbewerb gut behauptet. Es war nahezu kein Kundenabgang zu verzeichnen.

Der Erdgasverkauf der Stadtwerke Kaarst GmbH sank im Berichtsjahr im Wesentlichen witterungsbedingt um 43,4 Mio. kWh auf 161,6 Mio. kWh.

Strombetrieb

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2012 hat die Stadtwerke Kaarst GmbH den Vertrieb von Strom aufgenommen. Angeboten wird ausschließlich Ökostrom, der zu 100% aus Wasserkraft produziert wird.

Damit versorgt die SWK die Haushalte im Stadtgebiet voll umfassend mit Energie, d.h. mit Gas, Wärme und Strom. Wie in den Vorjahren haben sich auch im Berichtsjahr mehrere hundert Kunden für dieses Ökostromprodukt entschieden. Zum Ende des Berichtsjahres wurden rund 1.300 Haushaltskunden mit Ökostrom versorgt. Der im Berichtsjahr an die Haushalte gelieferte Ökostrom belief sich auf 4,1 Mio. kWh, nach 3,2 Mio. kWh im Vorjahr.

An die Stadt Kaarst wurden im Berichtsjahr 2,4 Mio. kWh Ökostrom für deren Tarifabnahmestellen und die Straßenbeleuchtung geliefert.

Weitere Aktivitäten

Die SWK betreibt neben einer Erdgastankstelle auch Tanksäulen für Elektroautos und –fahräder. Auf den Dächern der Stadtparkhalle sowie der Betriebsstelle der GWN hat die SWK darüber hinaus Solaranlagen zur Erzeugung von Ökostrom eingerichtet.

Bericht gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG

Die Stadtwerke Kaarst GmbH führt die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG aus. Auf der Grundlage der Anforderungen des § 6b Abs. 3 EnWG führt die SWK getrennte Konten für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung und erstellt in ihrer Rechnungslegung für diese Tätigkeiten jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss).

Die im Energiewirtschaftsgesetz beschriebenen Entflechtungsvorschriften bedeuten für die SWK die Pflicht zum sogenannten Legal-Unbundling und damit die rechtliche Verselbstständigung des Strom- und des Gasnetzbetriebs. Die Umsetzung der Entflechtungsvorschriften erfolgt von der SWK durch Verpachtung sowohl der Strom- als auch der Gasverteilungsanlagen an die GWN.

Förderprogramm

Schwerpunkt des Förderprogramms ist der sparsame Umgang mit Energie. So bezuschusst die SWK die solare Warmwasserbereitung, den Einbau von Erdgas-Mini-Blockheizkraftwerken und effizienter Gasbrennwertgeräte sowie die Anschaffung erdgasbetriebener Haushaltsgeräte. Hinzu kommt die Vermittlung einer kostengünstigen Gebäudethermografie. Die Anschaffung von Elektrofahrzeugen und E-Bikes wird ebenso gefördert.

Um den sparsamen Umgang unserer Kunden mit Energie weiterhin zu unterstützen, wird die Stadtwerke Kaarst GmbH auch 2015 das Förderprogramm fortsetzen.

Veränderungen im Energiemarkt

Der Markt für Strom und Gas hat sich entwickelt und für Wettbewerber weiter geöffnet. Die Wettbewerber bieten verschiedene Tarife im Versorgungsgebiet der SWK an. Die Zusammenlegung von Marktgebieten beschleunigt diese Entwicklung. Zunehmend treten neue Anbieter mit einer aggressiven Preispolitik in den Markt. Vermehrte Kundenwechsel im Erdgas- und Strombereich sind die Folge.

Hinzu kommen auch weitere wichtige Veränderungen wie Klimaschutzpolitik, demografischer Wandel und zunehmende Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. Dies führt zu Verbrauchsrückgängen bei den Kunden. Aktuelle Studien prognostizieren bis 2020 einen Verbrauchsrückgang bei Erdgas um rd. 15%.

Im Zuge der Liberalisierung der Energiemärkte ist der Kunde anspruchsvoller, preisbewusster und ökologisch interessierter geworden. Hierdurch wird die Kundenbetreuung und –bindung ebenfalls anspruchsvoller, technisch vielfältiger und zeitintensiver.

Um diesen Veränderungen zu begegnen und die Chancen des liberalisierten Marktes zu nutzen, wurden in 2011 verschiedene Weichen gestellt. Die Kundenbetreuung wurde ausgebaut und hierfür ein Kundenbüro im Stadtgebiet Kaarst eröffnet. Hinzu kam der Einstieg in den Stromvertrieb. So wurden im Berichtsjahr weitere Ökostromkunden gewonnen und der Bestand an Gaskunden konnte stabil gehalten werden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2014 betragen die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände 11,1 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €). Davon entfallen rund 9,8 Mio. € auf das mit Wirkung zum 1. Januar 2014 erworbene Stromnetz. Die übrigen laufenden Investitionen betreffen die Erweiterung und Erneuerung des Strom- und Gasversorgungsnetzes sowie die Herstellung neuer Netzanschlüsse. Gemessen an der Anlagenintensität sind 83,9 % (Vorjahr: 68,1 %) des gesamten Vermögens langfristig gebunden.

Finanzlage

Neben den eigenen finanziellen Mitteln sichert die Einbindung von SWK in das Cash-Pooling des GELSENWASSER-Konzerns die Liquidität des Unternehmens. Zum Bi-

lanzstichtag bestanden hieraus Forderungen von 1.365 T € (Vorjahr: Verbindlichkeiten 550 T €). Hinzu kommen Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 198 T € (Vorjahr: 17 T €).

Das langfristig gebundene Vermögen ist zum 31. Dezember 2014 zu 54,5 % (Vorjahr: 95,9 %) durch Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel finanziert.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse (inkl. Energie- und Stromsteuer) des Geschäftsjahres 2014 belaufen sich auf insgesamt 11,2 Mio. € (Vorjahr: 13,3 Mio. €). Davon entfallen 9,4 Mio. € (Vorjahr: 11,8 Mio. €) auf den Verkauf von Erdgas und Wärme und 1,5 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €) auf den Stromverkauf. Korrespondierend zur Erlösentwicklung sind auch die Materialaufwendungen, im Wesentlichen bestehend aus Aufwendungen für den Bezug und die Durchleitung von Erdgas und Strom, gesunken. Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe enthalten aufwandsmindernd die Ausschüttungen von Überschüssen des Regel- und Ausgleichsenergieumlagekontos von dem Marktgebietsverantwortlichen NCG in Höhe von insgesamt 0,2 Mio. €.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge sowie der Abschreibungen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Erwerb des Stromnetzes und dessen Verpachtung an GWN.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auch 2,0 Mio. € (Vorjahr: 1,5. €). Nach Abzug des Steueraufwands verbleibt ein Jahresüberschuss von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €).

Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Neben den organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und –instrumenten, den internen Kontrollmechanismen und Prüfungen sowie dem Controlling ist beim Betriebsführer GELSENWASSER AG ein Risikomanagement-System installiert. Die Basis bildet ein systematischer, den gesamten GELSENWASSER-Konzern umfassender Risikomanagementprozess. Ungünstige Entwicklungen werden so frühzeitig erkannt, dass gegensteuernde Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden können. Durch die Einbindung der SWK in den Risikomanagementprozess der GELSENWASSER-AG wird gleichzeitig auch die Angemessenheit und Effektivität des Risikomanagementsystems der SWK durch die interne Revision der GELSENWASSER AG überwacht. Zudem ist das Risikofrüherkennungssystem Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

Schwerpunkt der Risikobetrachtungen sind die Marktrisiken. Als Folge der Liberalisierung des Gasmarktes und des freien Anbieterwechsels auf dem Gasmarkt sieht sich die SWK einem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt, der zu einem erhöhten Preisdruck geführt bzw. Absatzrisiken mit sich gebracht hat. Die SWK stellt sich den Auswirkungen der steigenden Wettbewerbsintensität durch strukturelle Weiterentwicklung ihrer kundengruppenbezogenen Produkte und ihres Beschaffungsportfolios. Dabei spielt die Kundenkommunikation eine immer wichtigere Rolle.

Die Auswirkungen der Liberalisierung des Energiemarktes stellen die deutsche Gaswirtschaft vor immer neue Herausforderungen. Bei der Umsetzung der Vorgaben und der sich stetig weiterentwickelnden Anforderungen durch den Gesetzgeber und die Regulierungsbehörden ist ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und Flexibilität erforderlich. Um sich den wachsenden Herausforderungen der Energiemärkte zu stellen, hat die SWK gemeinsam mit GELSENWASSER eine Beschaffungsplattform eingerichtet, um die Energieportfolien weiter zu optimieren. Für die sich hierdurch ergebenden neuen Risiken im Umfeld von Handel, Beschaffung und Vertrieb von Energie geregelt. Die Überwachung der Risiken wird vom Controlling wahrgenommen.

Aus heutiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden Risiken und sonstigen Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Prognosebericht

Hauptaufgabe für die Zukunft wird die Sicherung und der weitere Ausbau der Gasversorgung sein. Dabei stellt die Möglichkeit des freien Anbieterwechsels am Gasmarkt die größte Herausforderung dar.

Die intensive Betreuung bestehender und die Akquisition neuer Kunden sowie attraktive Förderprogramme und ein wettbewerbsfähiges Preissystem sollen entscheidend zur Zielerreichung beitragen. Bezugsseitig soll die Wirtschaftlichkeit der Gasversorgung durch flexible Erdgasbezugsverträge mit kurzen Laufzeiten gesichert werden. Der Ausbau und die Gestaltung von Contractingmodellen mit unseren Kunden sollen die Effektivität und die Attraktivität des Brennstoffes Erdgas erhöhen und zur langfristigen Sicherung des Absatzes beitragen.

Der in 2012 aufgenommene Stromvertrieb soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Die Vertriebsaktivitäten werden weiter forciert. Neben Maßnahmen zum Ausbau der Kundenbindung wird die Akquisition neuer Kunden Kernaufgabe des Vertriebs sein.

Ausbau, Sicherung und Erhalt der Versorgungsanlagen werden fortgesetzt. Der Investitionsplan sieht für das Jahr 2015 Investitionen in Höhe von 1,2 Mio. € in das Gas- und Stromnetz vor. Die Unternehmensplanung zeigt für 2015 ein zufriedenstellendes Ergebnis von rund 1,2 Mio. € und damit eine weiterhin stabile wirtschaftliche Lage. Trotz des zunehmenden Drucks durch den geöffneten Energiemarkt sieht sich die SWK mit ihrem Partner GELSENWASSER gut aufgestellt, um sich durch Kundennähe, hohes fachliches Know-how und marktgerechte Preisgestaltung auch weiterhin im Wettbewerb zu behaupten.

Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst

Basisdaten

Anschrift	Oberstraße 110 – 124 41460 Neuss
Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)
Gründungsjahr	1994
Satzung	in der Fassung vom 16. Juli 2002
Handelsregister	HRA 5375 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst - ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist regional verankert und ihre geschäftspolitische Grundausrichtung ist am Gemeinwohl orientiert, wobei sie sich insbesondere für die privaten Kunden vor Ort, den gewerblichen Mittelstand und die heimische Region einsetzt. Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung „Sparkasse Neuss“. Ihre Zugehörigkeit zum Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe gewährleistet, dass die Sparkasse alle Verbindlichkeiten jederzeit vollständig erfüllen kann und bietet somit auch nach der Änderung der bisherigen gesetzlichen Haftungsgrundlagen im Jahre 2005 ein Höchstmaß an Sicherheit für ihre Kunden. Zum 01.07.2012 ging die Girozentralenfunktion von der ehemaligen WestLB AG auf die Landesbank Hessen – Thüringen Girozentrale (Helaba) über.

Öffentliche Zwecksetzung

Das Betreiben aller banküblichen Geschäfte im Sinne des Sparkassengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Beteiligungsverhältnisse

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst. An dem Sparkassenzweckverband sind die Mitglieder mit folgenden Quoten beteiligt:

- Rhein-Kreis Neuss 34,53 %
- Stadt Neuss 50,00 %

- Stadt Kaarst² 9,74 %
- Stadt Korschenbroich 5,73 %

Beteiligungen der Gesellschaft

Laut dem Geschäftsbericht 2013 wurde dort im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen und der verbundenen Unternehmen für die dortige Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage seitens der Sparkasse auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB verzichtet.

Organe der Gesellschaft

- Verwaltungsrat
- Kreditausschuss
- Vorstand

Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes

Nach § 5 Abs.1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst entsendet die Stadt Kaarst drei Mitglieder in die Verbandsversammlung. Mitglieder der Stadt Kaarst waren im Berichtszeitraum:

Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann, Herr Volker Schöneberg und Herr Dr. J. Heinrich Thywissen. Als stellvertretende Mitglieder wurden Herr Erster Beigeordneter Dr. Sebastian Semmler, Herr Theodor Thißen und Frau Anja Rüdiger bestellt.

Verwaltungsrat der Sparkasse Neuss

Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und 20 weiteren Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus fünf Mitgliedern, die vom Rhein-Kreis Neuss vorgeschlagen werden, sieben Mitgliedern, die von der Stadt Neuss vorgeschlagen werden, einem Mitglied, das von der Stadt Korschenbroich vorgeschlagen wird, einem Mitglied, das von der Stadt Kaarst vorgeschlagen wird, sowie sieben Dienstkräften.

Vertreter der Stadt Kaarst waren im Berichtszeitraum für den Verwaltungsrat Herr Christian Gaumitz, stellvertretendes Mitglied ist Herr Lars Christoph.

Vorstand der Sparkasse Neuss

Michael Schmuck, Vorstandsvorsitzender
Heinz Mölder, Vorstandsmitglied
Dr. Volker Gärtner, Vorstandsmitglied
Dietmar Mittelstädt, stv. Vorstandsmitglied

² Die Beteiligung am Sparkassenzweckverband darf wegen eines gesetzlichen Bilanzierungsverbotes nicht in der städtischen Bilanz zum 31.12.2013 bilanziert werden.

Personalbestand

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 1.255 Mitarbeiter beschäftigt.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Gewinnanteile der Sparkasse wurden im Berichtsjahr in Höhe von 390 Tsd. EUR an die Stadt Kaarst ausgeschüttet. Die hiervon abzuführende Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag führten zu einer Nettoentlastung des Haushaltes in Höhe von 328 Tsd. EUR.

Bilanz

Aktivseite	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
Barreserve	182.745.276,03	148.902.983,65	110.207.463,13
Forderungen an Kreditinstitute	240.107.988,82	34.003.808,55	46.071.929,61
Forderungen an Kunden	4.900.023.672,67	4.989.714.613,90	4.910.623.788,48
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	714.883.775,05	711.881.991,96	743.675.570,87
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	98.036.957,81	98.035.977,81	100.000.000,00
Beteiligungen	89.295.080,08	84.358.856,79	90.797.716,62
Anteile verbundener Unternehmen	49.489,73	49.489,73	49.489,73
Treuhandvermögen	3.350.541,14	4.385.445,60	5.560.146,82
Immaterielle Anlagewerte	472.562,07	358.071,00	407.773,00
Sachanlagen	69.202.738,30	72.967.265,57	75.681.206,59
Sonstige Vermögensgegenstände	7.333.401,57	12.741.756,35	4.903.153,26
Rechnungsabgrenzungsposten	1.768.901,78	2.224.781,81	2.859.377,69
Aktive latente Steuern		0	0
Summe Aktiva	6.307.270.385,05	6.159.625.042,72	6.090.837.615,80

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Passivseite	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.237.800.553,47	1.255.649.940,62	1.329.739.800,87
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.516.206.472,04	4.347.587.881,53	4.198.651.416,89
Verbriefte Verbindlichkeiten	130.380,00	3.179.811,92	3.283.267,31
Treuhandverbindlichkeiten	3.350.541,14	4.385.445,60	5.560.146,82
Sonstige Verbindlichkeiten	9.611.713,71	9.330.806,09	20.276.860,02
Rechnungsabgrenzungsposten	3.996.974,31	4.656.021,91	5.271.826,86
Passive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	51.873.271,35	61.652.888,86	55.321.605,66
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.228.897,10	4.936.389,92	17.476.013,70
Genussrechtkapital	0,00	0,00	312.630,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken	103.850.000,00	90.885.000,00	79.470.000,00
Eigenkapital	379.221.581,93	377.360.856,27	375.474.047,67
Summe Passiva	6.307.270.385,05	6.159.625.042,72	6.090.837.615,80

Erläuterungen zur Bilanz

Die zu Posten und Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeit gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

Aktiva:

1. Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an die eigene Girozentrale 77.196 Tsd. EUR
- Andere Forderungen mit Restlaufzeit mehr als drei Monate bis ein Jahr 210.000 Tsd. EUR
- Andere Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 9.000 Tsd. EUR
- Nachrangige Forderungen 9.321 Tsd. EUR

2. Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an verbundene Unternehmen 1.525 Tsd. EUR
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 11.180 Tsd. EUR

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	220.892 Tsd. EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	263.646 Tsd. EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Monate	1.135.144 Tsd. EUR
- mehr als fünf Jahre	2.957.780 Tsd. EUR
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	319.954 Tsd. EUR

3. Schuldverschreibungen und an festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- Beträge, die bis zum 31.12.2015 fällig werden	393.305 Tsd. EUR
- Börsennotierte Wertpapiere	694.931 Tsd. EUR
- Nicht börsennotierte Wertpapiere	19.953 Tsd. EUR

4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

- Spezialfonds Novesia	98.000 Tsd. EUR
------------------------	-----------------

Der Spezialfonds Novesia ist international ausgerichtet und investiert schwerpunktmäßig in Staatsanleihen, Pfandbriefe und Unternehmensanleihen.

5. Beteiligungen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat die Sparkasse gem. § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB auf die Angaben verzichtet.

6. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat die Sparkasse gem. § 285 Nr. 11 HGB auf die Angaben und nach § 296 Abs. 2 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

7. Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

8. Sachanlagen

Grundstücke und Bauten	48.934 Tsd. EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.801 Tsd. EUR

9. Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	1.095 Tsd. EUR
--------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------

10. Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Entlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körper-

schaftssteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und eines Gewerbesteuersatzes von 15,83 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern wurden verrechnet.

Ein verbleibender Überhang aktiver Steuern wurde nicht angesetzt.

Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen:

- Forderungen an Kunden
- Wertpapiere
- Rückstellungen
- Sachanlagen
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- Beteiligungen

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wird die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern als gegeben bewertet.

Passiva:

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| - Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale | 47.028 Tsd. EUR |
| - Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit bis 3 Monate | 62.020 Tsd. EUR |
| - Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als drei Monate bis ein Jahr | 439.890 Tsd. EUR |
| - Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 337.774 Tsd. EUR |
| - Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als 5 Jahre | 352.073 Tsd. EUR |

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| - Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 40 Tsd. EUR |
| - Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 0,8 Tsd. EUR |

Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten mit folgenden Restlaufzeiten:

- | | |
|-------------------------------------|------------------|
| - bis drei Monate | 73.406 Tsd. EUR |
| - mehr als drei Monate bis ein Jahr | 882.701 Tsd. EUR |
| - mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 11.109 Tsd. EUR |

- mehr als fünf Jahre 620 Tsd. EUR

Andere Verbindlichkeiten mit folgenden Restlaufzeiten:

- bis drei Monate 40.422 Tsd. EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr 42.192 Tsd. EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 77.446 Tsd. EUR
- mehr als fünf Jahre 120.376 Tsd. EUR

3. Verbriefte Verbindlichkeiten 130 Tsd. EUR

4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 2.883.106,42 Euro (im Vorjahr 3.342.617,93 Euro) enthalten.

6. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen dem Grunde nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ergänzungskapital. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,06 % und ursprüngliche Laufzeiten von 6 bis 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 333.042,00 Euro zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 113.313,19 Euro angefallen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 Euro	2013 Euro	2012 Euro
Zinserträge	218.736.161,90	230.615.057,39	238.965.218,50
laufende Erträge	6.035.650,97	4.690.763,28	3.037.549,73
Provisionserträge	38.053.678,83	37.010.439,84	36.045.126,52
sonst. betriebliche Erträge	5.221.871,05	5.963.512,86	6.215.960,77
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00	0,00
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0,00	0,00	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	14.837.799,25	5.970.885,93	2.549.787,99
Zinsaufwendungen	101.533.933,70	111.925.561,11	121.085.002,10
Provisionsaufwendungen	3.177.576,74	3.112.467,25	2.951.304,97
Nettoaufwand des Handelsbestand	0,00	0,00	0,00
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	103.357.413,32	102.272.918,40	100.020.909,64
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.488.838,99	6.738.621,22	7.300.710,59
sonst. betriebliche Aufwendungen	7.498.453,92	9.087.175,53	8.968.906,44
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und best. Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	14.937.799,25	5.970.885,93	2.549.787,99
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	12.462,27	8.861.099,00	2.999.239,92
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	12.965.000,00	11.415.000,00	19.865.000,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	19.175.884,56	18.896.044,93	18.522.993,87
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
Steueraufwand	12.315.158,90	13.009.236,33	12.741.582,08
Jahresüberschuss	5.860.725,66	5.886.808,60	5.781.411,79
Bilanzgewinn	5.860.725,66	5.886.808,60	5.781.411,79

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Geschäftsentwicklung

Auch in 2014 konnte die Sparkasse Neuss ihre führende Marktposition in der Region weiter festigen. Im bundesweiten Vergleich zählt sie damit weiterhin zu den 35 größten der insgesamt 416 deutschen Sparkassen. Die anhaltenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise in Europa, das vor diesem Hintergrund durch die Entscheidungen der Europäischen Zentralbank weiter verschärfte Zinstief und die weltweiten politischen Krisen sorgten insgesamt für schwierige konjunkturelle Rahmenbedingungen.

Mit den angesichts dieser Faktoren erreichten Ergebnissen zeigt sich die Sparkasse Neuss zufrieden und bewertet sie als solide.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Durch die positive Entwicklung im Kundengeschäft stieg die Bilanzsumme im abgelaufenen Berichtsjahr von 6.159,6 Mio. EUR auf 6.307,3 Mio EUR (+ 2,4 %). Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten stieg zum Jahresende auf 6.395,1 Mio. EUR (Vorjahr: 6.242,5 Mio. EUR). Die durchschnittliche Bilanzsumme konnte aber nur um 1,2 % und nicht wie erwartet um 2,6 % gesteigert werden.

Kundenkredite

Das Kundenkreditvolumen, bestehend aus Forderungen an Kunden, Treuhandkrediten, Wechseln und Eventualverbindlichkeiten lag mit 4.991,2 Mio. EUR nur geringfügig unter dem Rekordergebnis von 5.076,9 Mio. EUR des Jahres 2013. Die Neuvaluierungen reichten aber nicht ganz aus, um die Tilgungsrückflüsse in Höhe von 494,4 Mio. EUR zu kompensieren. Anders als erwartet konnte das Kundenkreditgeschäft nicht weiter gesteigert werden, sondern war mit -1,7 % leicht rückläufig. Die offenen Kreditzusagen lagen mit 150,6 Mio. EUR um 42,7 Mio. EUR unter dem Wert des Vorjahres.

Nach wie vor zählt die Sparkasse dennoch zu den kreditintensivsten Sparkassen im Rheinland.

Kundeneinlagen

Besonders erfreulich entwickelte sich erneut das Einlagengeschäft. Die Kundeneinlagen übertrafen mit einem Zuwachs von 3,8 % das erwartete Wachstum von 2 %. Vor dem Hintergrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus ergaben sich sehr hohe Zuwächse bei den Sichteinlagen (+167,1 Mio. EUR) und Geldmarktkonten (+108,6

Mio. EUR). Rückläufig entwickelten sich Spareinlagen (-80,8 Mio. EUR), befristete Einlagen (-10,6 Mio. EUR) und Sparkassenbriefe (-32,1 Mio. EUR). Die Kundeneinlagen (ohne Refinanzierungsdarlehen) inklusive der Eigenemissionen der Sparkasse stiegen um 165,6 Mio. EUR (+3,8 %) auf 4.516,1 Mio. EUR.

Eigene Wertpapieranlagen

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ist mit 714,9 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (711,9 Mio. EUR) nahezu unverändert. Dabei handelt es sich um Wertpapiere der Liquiditätsreserve, die auch zur kurzfristigen Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zur Verfügung stehen. Der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist mit 98,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Beteiligungen

Durch eine Teilnahme an der vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband vorgenommenen Stammkapitalerhöhung erhöhte sich der Buchwertsatz der Beteiligungen von 84,4 Mio. EUR auf 89,3 Mio. EUR.

Interbankengeschäft

Auf Grund des Wachstums der Kundeneinlagen und des leichten Rückgangs der Kundenkredite wurden freie Mittel in kurzfristigen Festgeldanlagen bei Kreditinstituten angelegt. Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen somit von 34,0 Mio. EUR im Vorjahr auf 240,1 Mio. EUR, wobei die kurzfristigen Festgeldanlagen als Liquiditätsvorhaltung für die in 2015 fälligen Sparkassenbriefe dienen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen leicht auf 1.237,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1.255,6 Mio. EUR) zurück.

Rücklagen

Die Rücklagen haben sich mit Zuführung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 1,9 Mio. EUR auf 373,4 Mio. EUR erhöht.

Ertragslage

Mit einem gleichbleibenden Bilanzgewinn von 5,9 Mio. EUR hat die Sparkasse erneut ein gutes Ergebnis erzielt. Die Erfolgskomponenten, die zu dem Bilanzgewinn führten, sind der Darstellung der Lage zu entnehmen.

Kundenwertpapiere

Das Umsatzvolumen ging nach einem starken Anstieg in 2013 um 70,3 Mio. EUR zurück. Der Saldo aus den An- und Verkäufen von Kundenwertpapieren war mit 9,1

Mio. EUR (Vorjahr: -45,8 Mio. EUR) erstmals seit 2011 wieder positiv. Gekauft wurden von den Kunden vornehmlich Fonds. Der Nettoabsatz betrug in diesem Segment +27,1 Mio. EUR (Vorjahr: -10,8 Mio. EUR). Bei Aktien ergab sich ein leichter Zugang von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr: -10,6 Mio. EUR). Verkauft wurden von den Kunden weiterhin festverzinsliche Wertpapiere. Der Nettoabsatz betrug hier -18,5 Mio. EUR (Vorjahr: -24,4 Mio. EUR).

Verbundgeschäft

Erfolgreich verlief auch das Geschäft mit Produkten der Verbundpartner Landesbausparkasse und provinzial Rheinland. So stieg das Volumen der vermittelten Bausparverträge um 9,7 % von 107,2 Mio. EUR auf 117,5 Mio. EUR. Ebenfalls deutliche Zuwächse verzeichneten die Abschlüsse von Lebens- und Rentenversicherungen. Mit 48,2 Mio. EUR wurde das Ergebnis des Vorjahres (29,1 Mio. EUR) um 65,7 % übertroffen. Viele Kunden haben sich noch rechtzeitig vor der Senkung des Garantiezinses zum 01.01.2015 für eine Lebens- bzw. Rentenversicherung entschieden.

In Zusammenarbeit mit der LBS konnte die Sparkasse für insgesamt 152 Immobilien neue Eigentümer finden. Mit einem Objektvolumen in Höhe von 34,5 Mio. EUR konnte das sehr gute Niveau des Vorjahres (36 Mio. EUR) nahezu gehalten werden.

Risikolage

Die für die Sparkasse Neuss bedeutsamen Risiken liegen im Bereich der Adressen-, der Zinsänderung und Beteiligungsrisiken. Das Gesamtrisiko, das sich aus der Zusammenführung aller potenziellen Risiken ergibt, ist durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgeschirmt. Zudem wird nur ein Teil der ermittelten Risikodeckungsmasse für die Ableitung der Risikolimiten eingesetzt und ein weiterer Teil als zusätzlicher Risikopuffer vorgehalten.

Das periodenorientierte Risiko hat sich im Laufe des Berichtsjahres auf Grund des abnehmenden Risikozeithorizontes zum Jahresende sukzessive verringert und ist in keiner Risikokategorie überschritten worden. Die Risiken aus Beteiligungen sind auf Basis des pauschalen Ansatzes und aufgrund einer Erhöhung der RSGV-Beteiligung leicht angestiegen.

Das vermögensorientierte Risiko war im Berichtsjahr sehr stabil, wobei alle Risikoarten im Jahresverlauf geringen Schwankungen unterlagen. Das Zinsänderungsrisiko im Zinsbuch inklusive Spezialfonds zeigte sich im Jahresverlauf uneinheitlich.

Die insgesamt zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse war jederzeit ausreichend. Das Risikolimit für das Gesamthaus wurde zu keinem Zeitpunkt überschritten. Vor diesem Hintergrund schätzt die Sparkasse ihre Risiken eher normal ein. Auch für das Jahr 2015 werden keine außergewöhnlichen Belastungen erwartet. Erhöhte Ri-

siken könnten sich im Zuge steigender Zinsen negativ auf das Zinsspannenrisiko sowie das Bewertungsergebnis Wertpapiere auswirken.

Prognosebericht

Die globale Wirtschaftserholung, insbesondere die im Euro-Gebiet, wird sich fortsetzen und sich entsprechend positiv auf die Konjunktur in Deutschland auswirken. Die weiterhin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen der deutschen Unternehmen werden auch auf die Investitionsbereitschaft positiv ausstrahlen. Zudem zeigt sich die Binnenwirtschaft und damit der private Konsum gestützt durch günstige Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven in einer guten Verfassung. Voraussetzung ist jedoch, dass die europäische Schuldenkrise und die bestehenden Strukturprobleme in Europa und der globalen Wirtschaft beherrschbar bleiben.

Die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2015 wird mit etwa 0,8 % und damit leicht unter dem Wachstumsniveau des Vorjahres prognostiziert. Eine insgesamt positive Wirtschaftsentwicklung wird zu einer Stabilisierung der Arbeitsmarktsituation führen. Insgesamt werden sich die Arbeitslosenzahlen an den Daten des Vorjahres orientieren.

Unter Berücksichtigung des gesamten wirtschaftlichen Umfeldes erwarten wir seitens der Europäischen Zentralbank keine bzw. nur moderate Zinsschritte. Die Sparkasse Neuss rechnet mit einem gleichbleibenden Zinsniveau und einer Zinsstruktur wie im Vorjahr.

Bei der Planung zur Geschäftsentwicklung des Jahres 2015 orientiert sich die Sparkasse Neuss an den Einschätzungen ihrer Markt- und Fachbereiche. Die Planungsgenauigkeit nimmt ab, je weiter der betrachtete Zeitraum in der Zukunft liegt. Findet eine von den Prämissen abweichende Entwicklung statt, werden die tatsächlichen Ergebnisse unter Umständen von dem ursprünglich erwarteten Szenario abweichen. Die Sparkasse verfügt jedoch, wie in der Risikoberichterstattung erläutert, über Instrumente und Prozesse, mit denen Abweichungen von den Erwartungen erkannt und analysiert werden können.

Anhand der Erkenntnisse kann ggf. steuernd eingegriffen werden.

Als regional verankertes Kreditinstitut und Marktführer vor Ort wird für das kommende Jahr mit einer moderaten Geschäftsausweitung gerechnet.

Die Sparkasse Neuss erwartet insgesamt eine Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ein positives Wirtschaftswachstum. Die konjunkturelle Erholung wird jedoch von der Beherrschung der Probleme im Euroraum sowie in der Ukraine und in Syrien abhängig sein. Die Sparkasse Neuss wird vor diesem Hintergrund auf der Basis von persönlichen Kundenbeziehungen und gegenseitigem Vertrauen vor allem die Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen im Geschäftsgebiet bei Bedarf kreditmäßig wieder angemessen unterstützen.

Im Jahr 2015 wird sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch bei den Kundeneinlagen mit einem Volumenzuwachs gerechnet. Die Ausleihungen werden gemäß Planung um 3,1 % und die Kundeneinlagen um 0,9 % wachsen.

Für das Eigengeschäft ist in 2015 ein Bestandsrückgang vorgesehen.

Die durchschnittliche Bilanzsumme wird im Jahr 2015 voraussichtlich auf 1,1 % zurückgehen.

Auf Basis der Geschäftsplanung und der aktuellen Zinserwartung geht die Sparkasse Neuss für das Geschäftsjahr 2015 von einem geringfügig niedrigeren Zinsüberschuss aus.

Im Betrachtungszeitraum wird ein Provisionsüberschuss durch die weitere Fokussierung auf das Privatkundengeschäft und den Ausbau des Dienstleistungs- und Wertpapiergeschäftes leicht über dem Ergebnis des Vorjahres erwartet.

Aufgrund der Budgetplanung erwartet die Sparkasse Neuss im Jahr 2015 durch steigende Personal- und Sachaufwendungen einen leichten Anstieg der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen.

Das Wertpapiereigengeschäft der Sparkasse Neuss ist von großer Vorsicht geprägt. Es besteht kein Engagement in Anleihen aus wirtschaftlich schwachen Eurostaaten, die zu außergewöhnlichen Abschreibungen führen könnten. Das von der Sparkasse prognostizierte gleichbleibende Zinsniveau wird in den Laufzeiten der Eigenanlagen Berücksichtigung finden. Höhere zinsinduzierte Abschreibungen werden dadurch begrenzt. Vor diesem Hintergrund wird für 2015 kein Abschreibungsbedarf erwartet.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist nur unter großer Unsicherheit zu prognostizieren. Aufgrund der Qualität des Kreditportfolios geht die Sparkasse derzeit nicht von außergewöhnlich hohen Belastungen aus.

Insgesamt wird mit einem deutlich niedrigeren Bewertungsergebnis gerechnet.

Zur Abdeckung der Risiken der WestLB Abwicklungsanstalt erhielten die Sparkassen 25 Jahre Zeit, einen Teil ihres Gewinns anzusparen, um ihn im Zweifelsfall für Verluste der Abwicklungsanstalt verwenden zu können. Daher wird die Sparkasse Neuss aus ihrem Jahresergebnis der kommenden Jahre ebenfalls Beträge in vergleichbarer Höhe des Vorjahresbetrages für diesen Zweck zurücklegen.

Der Jahresüberschuss nach Steuern wird 2015 aufgrund der bisherigen Erkenntnisse auf dem Niveau des Vorjahres liegen.

Als Chancen oder Risiken im Sinne dieses Prognoseberichts werden mögliche positive oder negative Abweichungen von den dargestellten Erwartungen verstanden.

Chancen sieht die Sparkasse Neuss in der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und insbesondere in der Beherrschung der europäischen Schuldenkrise. Unter der Voraussetzung, dass sich die Weltwirtschaft und die Lage im Euroraum weiter entspannt sowie die Konflikte in der Ukraine und Syrien sich nicht verstärken, sollte das Vertrauen wieder hergestellt werden und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen weiter zunehmen. Von einer allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten zudem das Kreditgeschäft und das Einlagengeschäft sowie das Verbundgeschäft profitieren. Dies könnte zu einem höheren Zinsüberschuss und einer Ausweitung des Provisionsergebnisses führen.

Risiken liegen in der unternehmerischen und banküblichen Gefahr, die prognostizierten Unternehmensergebnisse nicht zu erreichen. Neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten Risiken stellt ein erneutes Aufflammen der Euro- Staatsschuldenkrise das größte Risiko für die Konjunkturentwicklung im Euroraum dar. Des Weiteren könnte die Zunahme der geopolitischen Spannungen sowie Sanktionen und Gegenmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt negative Impulse geben. Auch neue Rettungsmaßnahmen, die wiederum zusätzliche Sparbemühungen und Strukturreformen erforderlich machen würden, könnten die Realwirtschaft erneut belasten.

Darüber hinaus liegen latente Risiken in einem sich weiter verschärfenden Konditionenwettbewerb. Die Sparkasse als Marktführer vor Ort bildet hier den natürlichen Hauptangriffspunkt im Kampf um Marktanteile.

Die bestehenden Risiken sind für die Sparkasse Neuss im Rahmen ihrer Überwachungs- und Steuerungssysteme jedoch beherrschbar. Risiken, die den Bestand der Sparkasse gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Zusammenfassung der voraussichtlichen Entwicklung

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, erwartet die Sparkasse Neuss für das kommende Jahr eine stetige Geschäftsentwicklung mit einem soliden Jahresergebnis, das eine angemessene Eigenkapitaldotierung, insbesondere im Hinblick auf die Neuregelungen durch Basel III, ermöglicht. Vor dem Hintergrund der Doppelstrategie aus flächendeckender Präsenz vor Ort und multimedialer Erreichbarkeit wird die Sparkasse Neuss auch zukünftig ihre bisher erfolgreiche Geschäftsentwicklung fortsetzen können.

Regionale Bahngesellschaft Kaarst – Neuss – Düsseldorf – Erkrath – Mettmann – Wuppertal mbH (Regio-Bahn)

Basisdaten

Anschrift	An der Regiobahn 15 40822 Mettmann
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	1992
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 11. April 2011
Handelsregister	HRB 14133 (Wuppertal)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb des Schienenverkehrs auf der Strecke Kaarst – Neuss – Düsseldorf – Erkrath – Mettmann in eigener Trägerschaft und die Sicherstellung eines auf die Marktbedürfnisse zugeschnittenen Betriebes auf dieser Strecke. Die Gesellschaft bedient sich zur Durchführung des Betriebes eines Betriebsführers.

Öffentliche Zwecksetzung

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital³ beträgt 28 Tsd. EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Gesellschafter	Anteil (EUR)	Anteil (%)
Stadt Düsseldorf	9.800,00	35,00%
Kreis Mettmann	5.600,00	20,00%
Rhein-Kreis Neuss	3.300,00	11,80%
Stadt Kaarst	3.250,00	11,60%
Stadtwerke Neuss GmbH	3.250,00	11,60%
WSW mobil GmbH	2.800,00	10,00%
Summe	28.000,00	100,00%

³ Der in der Bilanz ausgewiesene Beteiligungswert zum 31.12.2014 beläuft sich auf 322.540,79 Euro entsprechend eine Bewertung nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode.

Beteiligungen der Gesellschaft

Beteiligung	Anteil (EUR)	Anteil (%)
Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, Mettmann (HRB 19431 - Amtsgericht Wuppertal)	25.000,00	100%

Zwischen der Regio-Bahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH wurde am 16.12.2005 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, der mit Eintragung in das Handelsregister am 08.02.2006 wirksam wurde. Der Ergebnisabführungsvertrag wurde einvernehmlich von der Regio-Bahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2010 aufgehoben.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist im Berichtsjahr Herr Herr Rolf-Peter Weyers.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus zehn Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Düsseldorf, drei vom Kreis Mettmann und je einer vom Rhein-Kreis Neuss, Stadtwerke Neuss GmbH, Stadt Kaarst und Wuppertaler Stadtwerke AG bestellt werde.

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Joachim Korn (bis 30.06.2014),
Dipl.-Ing. Stefan Kunig (ab 01.07.2014)

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte im für das Berichtsjahr maßgeblichen Zeitraum durchschnittlich 15 Angestellte.

2011	2012	2013	2014
14	16	16	15

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Als Gesellschafter der Regio-Bahn GmbH verpflichtet sich die Stadt Kaarst gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages, ein evtl. bei der Gesellschaft entstehendes Defizit unverzüglich auszugleichen.

Die Stadt Kaarst brauchte jedoch im Berichtsjahr 2014 aufgrund des positiven Ergebnisses der Gesellschaft keine Ausgleichszahlung zu leisten.

Bilanz

AKTIVA	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	206.279,00	169.751,00	153.317,48
II. Sachanlagen	29.501.184,32	26.031.104,08	27.845.849,02
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	<u>29.707.463,32</u>	<u>26.200.855,08</u>	<u>27.999.166,50</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	10.850,00	4.740,00	11.550,00
II. Forderungen und sonstige	603.653,98	361.320,07	403.319,42
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei	1.505.129,99	66.351,27	31.619,45
Summe Umlaufvermögen	<u>2.119.633,97</u>	<u>432.411,34</u>	<u>446.488,87</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	165.635,52	67.049,41	129.444,01
Bilanzsumme Aktiva	31.992.732,81	26.700.315,83	28.575.099,38
PASSIVA	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	28.000,00	28.000,00	28.000,00
II. Kapitalrücklage	2.932.793,60	2.932.793,60	2.932.793,60
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.355.659,96	1.173.903,69	1.403.857,87
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	82.086,81	181.756,27	-229.954,18
Summe Eigenkapital	<u>4.398.540,37</u>	<u>4.316.453,56</u>	<u>4.134.697,29</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	18.984.104,78	18.010.246,78	18.984.942,78
C. Rückstellungen	192.900,00	220.100,00	280.800,00
D. Verbindlichkeiten	8.041.718,66	3.743.912,49	4.730.922,31
E. Rechnungsabgrenzungsposten	375.469,00	409.603,00	443.737,00
Bilanzsumme Passiva	31.992.732,81	26.700.315,83	28.575.099,38

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	3.852.778,42	3.930.635,25	3.866.529,36
2. Andere aktivierte Eigenleistungen			
3. sonstige betriebliche Erträge	2.469.925,69	2.399.371,36	2.415.965,86
4. Personalaufwand	-949.483,34	-910.991,25	-875.476,86
5. Abschreibungen	-2.456.795,53	-2.580.189,18	-2.585.666,04
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.669.481,70	-2.515.993,65	-2.927.681,53
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	318,57	352,85	150.614,62
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-189.402,26	-140.748,26	-150.614,62
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	83.097,63	182.437,12	6.050.263,09
10. sonstige Steuern	-1.010,82	-680,85	-645,00
11. Jahresüberschuss	82.086,81	181.756,27	6.023.229,47

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Anlagevermögen

Eine von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der Posten des Anlagevermögens ist nachfolgend wiedergegeben.

Die Darstellung des Anlagevermögens entspricht der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen.

Die Aufteilung der Anschaffungskosten auf die einzelnen Gewerke der Baumaßnahmen wurde nach technischen Vorgaben vorgenommen.

Die Anschaffungskosten und die Abschreibungsbeträge der geringwertigen Wirtschaftsgüter werden als Zugang und als Abgang ausgewiesen. Die kumulierten Abschreibungen der geringwertigen Wirtschaftsgüter sind in der nachfolgenden Aufstellung nicht enthalten.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Stand 31.01.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene EDV - Softwar	365.327,34	94.916,41	0,00	460.243,75
2. Geleistete Anzahlungen	19.360,00	1.320,00	0,00	20.680,00
	384.687,34	96.236,41	0,00	480.923,75
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	14.129.359,69	381.926,52	0,00	14.511.286,21
a) davon Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	8.886.301,94	109.950,84	0,00	8.996.252,78
b) davon Bahnkörper und Bauten des Schienenwegs	1.689.503,58	0,00	0,00	1.689.503,58
2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	40.599.029,65	42.017,01	0,00	40.641.046,66
3. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu 2. gehören	2.758.366,64	55.986,30	0,00	2.814.352,94
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	376.715,16	14.717,97	40.905,02	350.528,11
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.351.615,80	#####	0,00	6.731.448,36
	59.215.086,94	#####	40.905,02	65.048.662,28
	59.599.774,28	#####	40.905,02	65.529.586,03

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

	Kumulierte Abschreibungen			
	Stand			Stand
	01.01.2014	Zugänge	Abgänge	31.01.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene EDV - Software	214.936,34	59.708,41	0,00	274.644,75
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	214.936,34	59.708,41	0,00	274.644,75
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	6.740.098,41	450.680,84	0,00	7.190.779,25
a) davon Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	5.387.714,94	404.470,84	0,00	5.792.185,78
b) davon Bahnkörper und Bauten des Schienenweges	997.601,58	9.927,00	0,00	1.007.528,58
2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	24.305.327,65	#####	0,00	26.094.486,66
3. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu 2. gehören	1.851.802,64	122.896,30	0,00	1.974.698,94
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	286.754,16	34.350,97	33.592,02	287.513,11
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00
	33.183.982,86	#####	33.592,02	35.547.477,96
	33.398.919,20	#####	33.592,02	35.822.122,71

	Netto-Buchwerte	
	Stand 01.01.2014	Stand 31.01.2013
	EUR	EUR
I. Immaterielle		
Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene EDV - Software	185.599,00	150.391,00
2. Geleistete Anzahlungen	20.680,00	19.360,00
	206.279,00	169.751,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	7.320.506,96	7.389.261,28
a) davon Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	3.204.067,00	3.498.587,00
b) davon Bahnkörper und Bauten des Schienenweges	681.975,00	691.902,00
2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	14.546.560,00	16.293.702,00
3. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu 2. gehören	839.654,00	906.564,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	63.015,00	89.961,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.731.448,36	1.351.615,80
	29.501.184,32	26.031.104,08
	29.707.463,32	26.200.855,08

2. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen enthält Zuwendungen zu den Planungs- und Vorbereitungskosten der Regio-Bahn, Zuwendungen aus Vereinbarungen über Maßnahmen an Bahnübergängen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, eine Zuwendung zum Ausbau der kommunalisierten Schienestrecke Kaarst-Neuss und Düsseldorf/Gerresheim-Mettmann einschließlich Betriebs-hof, eine Zuwendung für die Anschaffung einer Video-, Notrufanlage, Zuwendungen für eine Machbarkeitsstudie für die Streckenverlängerung nach Venlo aus EU-Mitteln und u.a. von den Anliegergemeinden, Zuwendungen zur Anschaffung von Videoüberwachungsgeräten an diversen Haltepunkten und Park & Ride-Anlage, zum Bau eines behindertengerechten Zuganges an einem Haltepunkt, zur Anschaffung eines Datenservers und zur Anschaffung eines dynamischen Fahrgastinformationssystems am Neanderthal-Museum.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Im Jahr 2014 hat die Regio-Bahn GmbH weitere Zuwendungen zur Verlängerung der Bahnlinie nach Wuppertal in Höhe von 2.959.300,00 EUR, zur Anschaffung von Videoüberwachungsgeräten von 27.200,00 EUR und zur Anschaffung eines dynamischen Fahrgastinformationssystems von 7.000,00 EUR erhalten.

Die Entwicklung und Zusammensetzung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen ist auf Seite 5 nachfolgend wiedergegeben:

Sonderposten für Investitionszuschüsse			
Art der Zuwendung	Investitionszuschüsse (gesamt)		
	Stand 01.01.2014	Zugang (+) Abgang (-)	Stand 31.01.2014
	EUR	EUR	EUR
Ausbau der kommunalisierten Schienenstrecke	35.657.659,27	0,00	35.657.659,27
Verlängerung der Bahnlinie nach Wuppertal	1.000.000,00	+ 2.959.300,00	3.959.300,00
Planungs- und Vorbereitungskosten	3.741.925,42	0,00	3.741.925,42
Zugangsrampe Haltepunkt Erkrath-Nord	362.000,00	0,00	362.000,00
Maßnahmen an Bahnübergängen	560.353,41	0,00	560.353,41
Anschaffung von Videoüberwachungsgeräten	77.000,00	+ 27.200,00	104.200,00
Neubau einer Park & Ride-Anlage	75.300,00	0,00	75.300,00
Anschaffung eines Datenservers	91.850,00	0,00	91.850,00
Dynamische Fahrgastinformation	39.600,00	+ 7.000,00	46.600,00
Verlängerung der Strecke nach Venlo	26.265,78	0,00	26.265,78
Anschaffung einer Video-, Notrufanlage	356.500,00	0,00	356.500,00
Einführung Elektronisches Fahrgeldmanagement	35.162,00	0,00	35.162,00
	42.023.615,88	+ 2.993.500,00	45.017.115,88

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			
Art der Zuwendung	Entwicklung der Auflösung		
	Stand 01.01.2014	Zugang	Stand 31.01.2014
	EUR	EUR	EUR
Ausbau der kommunalisierten Schienenstrecke	20.878.361,27	1.762.474,00	22.640.835,27
Verlängerung der Bahnlinie nach Wuppertal	0,00	0,00	0,00
Planungs- und Vorbereitungskosten	2.289.613,42	189.432,00	2.479.045,42
Zugangsrampe Haltepunkt Erkrath-Nord	23.105,00	14.524,00	37.629,00
Maßnahmen an Bahnübergängen	362.559,41	25.800,00	388.359,41
Anschaffung von Videoüberwachungsgeräten	23.100,00	11.586,00	34.686,00
Neubau einer Park & Ride-Anlage	12.550,00	5.020,00	17.570,00
Anschaffung eines Datenservers	32.418,00	10.806,00	43.224,00
Dynamische Fahrgastinformation	0,00	0,00	0,00
Verlängerung der Strecke nach Venlo	0,00	0,00	0,00
Anschaffung einer Video-, Notrufanlage	356.500,00	0,00	356.500,00
Einführung Elektronisches Fahrgeldmanagement	35.162,00	0,00	35.162,00
	24.013.369,10	2.019.642,00	26.033.011,10

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		
Buchwerte		
Art der Zuwendung	Stand 31.12.2014	Stand 31.01.2013
	EUR	EUR
Ausbau der kommunalisierten Schienenstrecke	13.016.824,00	14.779.298,00
Verlängerung der Bahnlinie nach Wuppertal	3.959.300,00	1.000.000,00
Planungs- und Vorbereitungskosten	1.262.880,00	1.452.312,00
Zugangsrampe Haltepunkt Erkrath-Nord	324.371,00	338.895,00
Maßnahmen an Bahnübergängen	171.994,00	197.794,00
Anschaffung von Videoüberwachungsgeräten	69.514,00	53.900,00
Neubau einer Park & Ride-Anlage	57.730,00	62.750,00
Anschaffung eines Datenservers	48.626,00	59.432,00
Dynamische Fahrgastinformation	46.600,00	39.600,00
Verlängerung der Strecke nach Venlo	26.265,78	26.265,78
Anschaffung einer Video-, Notrufanlage	0,00	0,00
Einführung Elektronisches Fahrgeldmanagement	0,00	0,00
	18.984.104,78	18.010.246,78

3. Sonstige Rückstellungen

Es ergeben sich keine Einzelbeträge von nicht unerheblichem Umfang, die in der Position „Sonstige Rückstellungen“ enthalten sind.

4. Verbindlichkeiten

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten und deren Fristigkeiten ergeben sich aus nachfolgendem Verbindlichkeitspiegel:

	<u>Verbindlichkeitspiegel</u>				<u>Sicherung der Verbindlichkeiten</u>
	Restlaufzeit				
	Betrag	bis zu 1 Jahr	zwischen 1 und 5 Jahren	über 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.217.094,33	353.958,62	2.669.567,86	4.193.567,85	Ausfallbürgschaften der Gesellschafter Stadt Düsseldorf, Kreis Neuss, Stadt Neuss, Stadt Kaarst und Kreis Mettmann sowie der Städte Mettmann und Erkrath über insgesamt nominal 5.787.568,46 EUR sowie Abtretung von Mietforderungen über nominal 450.000,00 EUR.
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	670.662,33	670.662,33	0,00	0,00	Bei Lieferungen branchenübliche Eigentumsvorbehalte
Sonstige Verbindlichkeiten	153.962,00	153.962,00	0,00	0,00	
	8.041.718,66	1.178.582,95	2.669.567,86	4.193.567,85	

5. Rechnungsabgrenzungsposten (Passiva)

Es handelt sich um Entgelte für die Überlassung der Servicestation an Nordwest-Bahn GmbH, Osnabrück, für die Jahre 2015 bis 2025.

6. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse enthalten die Infrastrukturleistungen, Überlassung der Betriebshallen sowie Geschäftsbesorgung für die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH (3.712 Tsd. EUR) und Erlöse durch die Nutzung von Trassen und Anlagen durch Dritte (141 Tsd. EUR).

7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ergeben sich wegen bestehender Verlustvorträge nicht.

8. Sonstige Angaben

Geschäftsführung:

Zu Geschäftsführern der Gesellschaft waren im Geschäftsjahr 2014 die Herren

Dipl.-Ing. Stefan Kunig, Mülheim an der Ruhr (ab 01.07.2014)

Dipl.-Ing. Joachim Korn, Essen (bis 30.06.2014)

bestellt.

Die Vergütungen der Geschäftsführer betragen im Jahr 2014:

Dipl.-Ing. Stefan Kunig: 52.890,66 EUR

Dipl.-Ing. Joachim Korn: 73.992,90 EUR

In der Vergütung von Herrn Korn sind variable Vergütungen von 17.670,00 EUR enthalten.

9. Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Sonstige finanzielle Verpflichtungen von wesentlichem Umfang (über 500 Tsd. EUR) bestehen nicht.

Die am 31. Dezember 2010 an die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH veräußerten TALENT-Dieselbetriebsfahrzeuge wurden seinerzeit beim Neuerwerb mit öffentlichen Mitteln bezuschusst. Die Gesellschaft hat sich in diesem Zusammenhang gegenüber dem Subventionsgeber dazu verpflichtet, die Fahrzeuge innerhalb der Zweckbindungsfrist für den Betrieb auf der Linie S28 einzusetzen.

Der Subventionsgeber hat einer Übertragung der Fahrzeuge vom Verkäufer auf den Käufer zugestimmt und gleichzeitig klargestellt, dass die Regio-Bahn GmbH Rechtsträger der gewährten Zuwendungen bleibt.

Zu einer anteiligen Rückforderung von Subventionen wird es laut Schreiben des Zuwendungsgebers nur dann kommen, wenn die geförderten Fahrzeuge innerhalb der Zweckbindungsdauer nicht mehr zweckentsprechend eingesetzt werden sollten. Um ein Risiko für die Gesellschaft zu vermeiden, wurde die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH vertraglich dazu verpflichtet, die Fahrzeuge entsprechend des Zuwendungszwecks einzusetzen und die Bestimmungen des Zuwendungsbescheides zu beachten.

10. Gesamthonorar des Jahresabschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr 2014 wurden für Abschlussprüfungsleistungen des Abschlussprüfers Honoraraufwendungen von 13.000,00 EUR erfasst.

11. Latente Steuern

Die Gesellschaft verfügt am 31.12.2014 über körperschaftssteuerliche Verlustvorträge von ca. 410 Tsd. EUR und über gewerbesteuerliche Verlustvorträge von ca. 28 Tsd. EUR; gemäß der Planung der Gesellschaft zum 31.12.2014 können diese innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren voraussichtlich genutzt werden.

Bei Zugrundelegung eines Steuersatzes bei der Körperschaftssteuer (inklusive Solidaritätszuschlag) von 16 % und bei der Gewerbesteuer von 14 % ergeben sich zum 31.12.2014 aktive latente Steuern (ca. 70 Tsd. EUR).

Die Gesellschaft hat vom Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs.1 Satz2 HGB keinen Gebrauch gemacht.

12. Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Lage der Gesellschaft – Darstellung des Geschäftsverlaufs 2014

1. Entwicklung des Unternehmens

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2014 weist einen Jahresüberschuss von 82.000 EUR aus. Dieser liegt um 100.000 EUR unterhalb des Vorjahresergebnisses von 182.000 EUR.

2. Umsatzentwicklung

Die Gesellschaft erwirtschaftet ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen aus den Infrastrukturleistungen für die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH.

Im Geschäftsjahr 2014 sind die Umsatzerlöse um 78.000 EUR von 3.931 Tsd. EUR auf 3.853 Tsd. EUR leicht gesunken. Die wesentliche Ursache hierfür sind gegenüber dem Vorjahr höhere Abzugsbeträge der VRR AöR für Nichtleistungen durch vorhersehbare Zugausfälle auf der Linie 28 aufgrund von Streckensperrungen. Die Abzugsbeträge werden von der VRR AöR gegenüber der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH erhoben und von dort an die Regiobahn GmbH weiterberechnet. Ebenfalls verringert haben sich die Erlöse aus der Nutzung von Anlagen und Trassen durch Dritte.

3. Investitionen

Die Investitionen des Geschäftsjahres beliefen sich insgesamt auf 5.971 Tsd. EUR, hiervon verfielen allein 5.615 Tsd. EUR auf den Streckenausbau nach Wuppertal.

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres 2014 betragen insgesamt 2.457 Tsd. EUR und lagen damit um 123 Tsd. EUR unterhalb des Vorjahres.

Leasingverpflichtungen in wesentlichem Umfang ist die Gesellschaft nicht eingegangen.

4. Finanzierungsmaßnahmen bzw. –vorhaben

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2014 ein Bankdarlehen über 10.500 Tsd. EUR für den Bau der Regiobahn-Verlängerung nach Wuppertal aufgenommen. Hiervon wurden im Geschäftsjahr 2014 Teilbeträge von insgesamt 4.500 Tsd. EUR ausgezahlt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich dem zu Folge im

Geschäftsjahr mit einem Anstieg von 3.071 Tsd. EUR auf 7.217 Tsd. EUR mehr als verdoppelt.

Zur Finanzierung der Investitionen hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr darüber hinaus öffentliche Fördergelder von insgesamt 2.994 Tsd. EUR in Anspruch genommen. Hiervon betreffen allein 2.959 Tsd. EUR das Fördervorhaben der Regiobahn-Verlängerung nach Wuppertal. Weitere Fördergelder hat die Gesellschaft für die Anschaffung von Videoüberwachungsanlagen an den Haltepunkten und P&R-Anlagen (27 Tsd. EUR) und für die Errichtung einer dynamischen Fahrgastinformation am Neanderthalmuseum (7 Tsd. EUR) erhalten.

Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen wird der Gesellschaft ein revolvingender Kreditrahmen zur Aufnahme von kurzfristigen Blockkrediten in Höhe von 3.000 Tsd. EUR zur Verfügung gestellt. Dieser wurde zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

5. Personal- und Sozialbereich

Bis zum 30.06.2014 war Herr Dipl.-Ing. Joachim Korn alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden wurde Herr Dipl.-Ing. Stefan Kunig als Nachfolger zum alleinigen Geschäftsführer der Gesellschaft mit Wirkung zum 01.07.2014 bestellt.

Die Personalsituation stellt sich zum Bilanzstichtag 2014 wie folgt dar:

- 1 hauptamtlicher Geschäftsführer
- 1 kaufmännischer Leiter/ Prokurist (in Personalunion)
- 1 Geschäftsführungsassistentin
- 1 kaufmännische Vollzeitkraft
- 1 Ingenieurin in Teilzeit
- 2 Ingenieure in Vollzeit
- 1 Angestellter für allgemeine Betriebsarbeiten im Außendienst
- 5 Fahrdienstleister
- 1 Auszubildende

Die Entlohnung für die Tarifangestellten erfolgte gemäß Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Laut dem mit der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH im Geschäftsjahr 2011 abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrag hat die Regiobahn GmbH im Rahmen ihrer personellen und sachlichen Ressourcen Geschäftsbesorgungsleistungen für die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH zu erbringen.

Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Bei einer um 5.293 Tsd. EUR erhöhten Bilanzsumme beträgt die Eigenkapitalquote 13,7 % gegenüber 16,2 % im Vorjahr. Der Anteil des Sonderpostens für Investitionszuschüsse beträgt 59,4 % gegenüber 67,4 % im Vorjahr. Der Anteil der Rückstellun-

gen beträgt 0,6 %, der Anteil der Verbindlichkeiten 25,1 % und der Anteil des passiven Rechnungsabgrenzungspostens 1,2 %.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme ist von 98,1 % im Vorjahr auf 92,9 % gesunken.

Die Stichtagsliquidität betrug im Vorjahr 66 Tsd. EUR, in diesem Jahr 1.505 Tsd. EUR.

2. Finanzlage

Auf eine Inanspruchnahme von Kontokorrentlinien wurde im Geschäftsverlauf weitgehend verzichtet. Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets – in der Regel unter Erwirtschaftung von Skontoerträgen – unter Einhaltung der Zahlungsziele erfüllt.

3. Ertragslage

Die Umsatzerlöse werden im Wesentlichen durch Entgelte für die Überlassung der Infrastruktur erwirtschaftet. Hierzu gehören die Trassen und Haltepunkte auf dem West- und Ostast der Regiobahnstrecke, sowie die Servicestation in Mettmann Stadtwald. Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen in erster Linie die Erträge aus der ratierten Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres beträgt + 82 Tsd. EUR. Dem gegenüber stand ein Vorjahresergebnis von 182 Tsd. EUR.

Chancen- und Risikobericht

Die VRR AöR hat der Gesellschaft im Dezember 2013 einen Zuwendungsbescheid zur Projektförderung für den Bau der Verlängerung der Linie S28 von Mettmann nach Wuppertal erteilt. Es wurde eine Zuwendung nach § 13 ÖPNVG NRW zu einem Höchstbetrag von rund 33,7 Mio. EUR gewährt. Die Bau- und Grunderwerbskosten ohne Planungskosten betragen laut Planung rund 40,7 Mio. EUR. Die Eigenanteile an den Investitionskosten werden durch das im Geschäftsjahr 2014 aufgenommene Darlehen finanziert.

Die Gesellschaft beabsichtigt, die gesamten Streckenabschnitte der Regiobahn zu elektrifizieren, so dass anschließend ein Fahrbetrieb mit elektrischen Fahrzeugen möglich wird. Als erster Abschnitt soll die Streckenverlängerung von Mettmann Stadtwald nach Wuppertal im Rahmen des Bauvorhabens elektrifiziert werden. Das Investitionsvolumen ohne Planungskosten für die Elektrifizierung aller Streckenabschnitte einschließlich des hierfür erforderlichen Umbaus von Brücken, die keine ausreichende Höhe für Oberleitungen aufweisen wird mit 23 Mio. EUR veranschlagt. Zur Finanzierung dieses Vorhabens wird beabsichtigt, zusammen mit weiteren Ausbauprojekten, wie beispielsweise dem zweigleisigen Streckenausbau zwischen den Bahnübergängen Geulenstraße in Neuss und Gumpgesbrücke in Kaarst (Veranschlagte Baukosten rund 6 Mio. EUR) GVFG-Fördermittel des Bundes zu beantragen. Die Voraussetzungen hierfür werden derzeit geprüft. Im Fall einer Bewilligung wäre auch eine Umfinanzierung des Baus der Streckenverlängerung nach Wuppertal in das GVFG Förderprogramm mit vorgesehen.

Neben der Regiobahn-Verlängerung nach Wuppertal Hbf ist ausgehend vom anderen Endhaltepunkt der Linie S28 Kaarster See eine Streckenverlängerung nach Viersen geplant. Im Rahmen einer Nutzen-Kosten-Untersuchung wurde die gesamtwirtschaftliche Sinnhaftigkeit für das Projekt eindeutig nachgewiesen. Für die Wiederinbetriebnahme der ehemaligen Streckenverbindung von Kaarster See nach Viersen ist der Bau von ca. 12 km Gleisanlagen, zwei Haltepunkten in Willich-Schiefbahn und Neersen und ein neuer Bahnsteig im Bahnhof Viersen vorgesehen.

Die Baukosten ohne Elektrifizierung werden mit ca. 60 Mio. EUR veranschlagt. Für die Elektrifizierung müssten zusätzlich ca. 9 Mio. EUR

Aufgewendet werden. Die Finanzierung des Vorhabens ist noch nicht sichergestellt. Es wird derzeit beabsichtigt, eine gemeinsame Absichtserklärung („Letter of Intent“) zwischen dem Kreis Mettmann, der Landeshauptstadt Düsseldorf, dem Rhein-Kreis Neuss, der Stadt Mönchengladbach, dem Kreis Viersen, der VRR AöR und beiden Gesellschaften der Regiobahn zu unterzeichnen.

Im Jahr 2009 wurde ein Vertrag mit der NordWestBahn GmbH für die Nutzung der Servicestation der Gesellschaft in Mettmann Stadtwald geschlossen. Die NordWestBahn hat im Dezember 2009 für 16 Jahre den Fahrbetrieb auf den Linien RE10 von Kleve nach Düsseldorf Hbf und die RB31 von Duisburg Hbf nach Xanten übernommen. Die Wartung und Außenreinigung der dort eingesetzten LINT-Triebfahrzeuge wird seitdem zum Teil in der Servicestation der Gesellschaft durchgeführt. Zu diesem Zweck wurde die Servicestation im Jahr 2009 ausgebaut. Die Gesellschaft hat ferner Lager-, Büro- und Sozialräume errichtet und vermietet diese seit dem 01. Juli 2010 an die NordWestBahn GmbH. Die Finanzierung der Lager-, Büro-, und Sozialräume erfolgte über ein Darlehen, welches im Geschäftsjahr 2010 von der Gesellschaft aufgenommen wurde.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 wird wiederum mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Der Wirtschaftsplan weist ein positives Jahresergebnis von 45 Tsd. EUR aus. Investitionsschwerpunkt ist die Weiterführung des Streckenausbaus nach Wuppertal, deren Betriebsaufnahme im Jahr 2017 erfolgen soll.

Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH

Basisdaten

Anschrift	An der Regiobahn 15 40822 Mettmann
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	2010
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 08. Oktober 2010
Handelsregister	HRB 19431 (Wuppertal)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erfüllung von im allgemeinen Interesse liegenden SPNV-Leistungen. Die Gesellschaft erbringt insoweit ausschließlich auf der Grundlage von Verkehrsverträgen mit dem VVR Betriebsleistungen des Schienenverkehrs auf der Strecke S 28 und weiteren Strecken, die räumlich im materiellen Zuständigkeitsbereich der VRR gelegen sind und deren Betrieb mit der für die Gesellschafter geltenden Gemeindeordnung und der Kreisordnung in Einklang steht.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.000,00 EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Stadt Düsseldorf	9.750,00 €	39,00
Rhein-Kreis Neuss	6.500,00 €	26,00
Kreis Mettmann	5.550,00 €	22,20
Stadt Kaarst	3.200,00 €	12,80

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist im Berichtsjahr Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus neun stimmberechtigten Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Düsseldorf, drei vom Kreis Mettmann, zwei vom Rhein-Kreis Neuss und einer von der Stadt Kaarst entsendet werden. Darüber hinaus entsendet der Verkehrsbund Rhein-Ruhr ein beratendes Mitglied.

Aufsichtsratsmitglied der Stadt Kaarst ist Herr Christian Horn, vertreten von Herrn Hermann-Josef Rütten.

Geschäftsführer

Ulrich Bergmann
Jürgen Hambuch

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte in 2013 durchschnittlich 10 Angestellte in Vollzeit und einen Angestellten in Teilzeit.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Es kam im Berichtsjahr zu keinerlei Zahlungsströmen.

Bilanz

AKTIVA	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	73.549,00	76.188,00
II. Sachanlagen	7.662.493,21	8.686.701,38
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	<u>7.736.042,21</u>	<u>8.762.889,38</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	62.870,00	49.740,00
II. Forderungen und sonstige	1.466.617,93	1.477.263,10
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei	2.019.451,28	2.627.506,60
Summe Umlaufvermögen	<u>3.548.939,21</u>	<u>4.154.509,70</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	63,00	63,00
Bilanzsumme Aktiva	11.285.044,42	12.917.462,08
PASSIVA	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	274.900,65	159.519,78
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	9.907,63	115.380,87
Summe Eigenkapital	<u>309.808,28</u>	<u>299.900,65</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	5.143.582,00	5.833.865,00
C. Rückstellungen	757.500,00	1.382.494,00
D. Verbindlichkeiten	3.353.334,14	3.446.510,43
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.720.820,00	1.954.692,00
Bilanzsumme Passiva	11.285.044,42	12.917.462,08

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	14.520.342,93	14.376.970,31	13.827.536,71
2. sonstige betriebliche Erträge	1.069.606,58	1.039.606,62	961.694,37
3. Materialaufwand	-12.801.753,97	-12.935.304,16	-12.457.133,51
4. Personalaufwand	-645.154,05	-598.189,15	-587.857,20
5. Abschreibungen	-1.065.213,16	-1.064.802,20	-1.059.632,43
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-917.282,46	-515.833,47	-485.605,51
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.080,73	24.443,88	12.724,47
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-145.458,42	-154.718,92	-164.976,61
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.168,18	172.172,91	46.750,29
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.166,55	-56.602,04	6.456,90
11. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00
12. Sonstige Steuern	94,00	-190,00	-359,00
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	9.907,63	115.380,87	52.848,19

Lage der Gesellschaft

1. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Schienenverkehrs im Auftrag des per Gesetz zuständigen Aufgabenträgers, Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (VRR AöR) auf der Strecke der S28 Regiobahn. Diesbezüglich wurde mit der VRR AöR im Rahmen einer Inhouse-Vergabe ein Verkehrsvertrag abgeschlossen. Dieser hat eine Laufzeit von 10 Jahren vom 11. Dezember 2011 bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021.

Die Gesellschaft hat die Veolia Verkehr Rheinland GmbH (RBE) mit der Erbringung der Fahrbetriebsleistung und der Wartung und Instandsetzung an den 12 TALENT-Dieseltriebfahrzeugen beauftragt. Der Vertrag für die Erbringung der Subunternehmerleistung hat ebenfalls eine Laufzeit bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021.

Zur Erbringung der Fahrbetriebsleistung auf der Linie S28 nutzt die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft auf den Streckenabschnitten zwischen Neuss Hauptbahnhof und Kaarster See, sowie zwischen Düsseldorf-Gerresheim und Mettmann Stadtwald die Infrastruktur der Regiobahn GmbH. Im dazwischen liegenden Streckenabschnitt zwischen Düsseldorf-Gerresheim und Neuss Hauptbahnhof nutzt die Gesellschaft die Infrastruktur der Deutschen Bahn. Für die Infrastrukturnutzung der einzelnen Streckenabschnitte bestehen Verträge mit der Regiobahn GmbH, der DB Netz AG und der DB Station & Service AG.

Gesellschafter der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH sind die Landeshauptstadt Düsseldorf mit 39,0 % der Rhein-Kreis Neuss mit 26,0 %, der Kreis Mettmann mit 22,2 % und die Stadt Kaarst mit 12,8 %.

Die Gesellschaft ist Eigentümer der 12 TALENT-Triebfahrzeuge, die für den Betrieb auf der Linie S28 eingesetzt werden. Das Eigentum ist mit Wirkung zum 31. Dezember 2010 von der Regiobahn GmbH auf die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH übergegangen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs 2014

1. Entwicklung von Unternehmen und Branche

Die Regiobahn hatte im September 1999 den Betrieb des Personenverkehrs auf der Linie S28 von Mettmann Stadtwald nach Kaarster See zunächst im Stundentakt und ab Mai 2000 im 20-Minuten-Takt aufgenommen. Die Strecke wurde zuvor von der Deutschen Bahn AG betrieben, im letzten Betriebsjahr 1998 wurden ca. 500 Personen pro Tag auf dem Ostast befördert.

Seit der Betriebsaufnahme durch die Regiobahn gab es einen rasanten Anstieg bei den Fahrgastzahlen. Bei der letzten Fahrgastzählung, die wie in jedem Jahr am letzten Donnerstag im November durchgeführt wurde, sind im Jahr 2014 ca. 23.000 Fahrgäste an einem Werktag gezählt worden. Damit konnte das gute Ergebnis der Vorjahreszählung mit ca. 23.100 Fahrgästen in etwa gehalten werden. Der Rekordwert aus dem Jahr 2011 mit ca. 23.350 wurde nahezu wieder erreicht.

Laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes haben Fahrgäste in Deutschland im Jahr 2014 über 11,1 Milliarden Fahrten im Linienverkehr mit Bussen und Bahnen unternommen. Seit 2004 (10,1 Milliarden Fahrgäste) ist damit das jährliche Fahrgastaufkommen kontinuierlich angestiegen. Insbesondere der Eisenbahnverkehr ist in diesem Zeitraum mit +28,9 % stark gewachsen. Gegenüber dem Vorjahr haben die Verkehrsmittelfahrten im Nahverkehr mit Eisenbahnen einschließlich S-Bahnen um 2,1 % zugelegt.

2. Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse sind im Geschäftsjahr 2014 um 1,0 % von 14,4 Mio. EUR im Vorjahr auf 14,5 Mio. EUR leicht angestiegen. Bestandteile der Umsatzerlöse sind die Erstattung der Betriebsleistung durch die VRR AöR laut den vereinbarten Regelungen im Inhouse-Verkehrsvertrag, sowie die eigenen und zugeschiedenen Fahrgeldeinnahmen.

3. Investitionen

Die Investitionen des Geschäftsjahres 2014 betragen 38 Tsd. EUR. Leasingverpflichtungen in wesentlichem Umfang ist die Gesellschaft nicht eingegangen.

Finanzierungsmaßnahmen und Vorhaben

Im Zusammenhang mit der Übertragung des Eigentums an den Triebfahrzeugen hat die Regiobahn GmbH der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH Zuschüsse gewährt, die im Sonderposten für Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen ausgewiesen sind. Der Kaufpreis für die Triebfahrzeuge wurde im Wesentlichen durch

die Übertragung von drei Darlehensverträgen der Regiobahn GmbH auf die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH finanziert. Die Umschreibung der Darlehen erfolgte im Januar 2011.

4. Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigte zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2014 zehn Mitarbeiter in Vollzeit, sowie einen Mitarbeiter in Teilzeit. Die Entlohnung für die Tarifangestellten erfolgte gemäß Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist von 12.917 Tsd. EUR auf 11.285 Tsd. EUR gesunken. Dies bedeutet eine Verringerung um 12,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Eigenkapitalquote beträgt unter der hälftigen Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen 25,5 % gegenüber 24,9 % im Vorjahr. Der Anteil der Rückstellungen beträgt 6,7 % (2013 = 10,7 %) und der Anteil der Verbindlichkeiten beträgt 29,7 % (2013 = 26,7 %). Die Rückstellungen beinhalten zum überwiegenden Anteil zu erwartende Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber der VRR AöR aufgrund der Ist-Abrechnung des Inhouse-Verkehrsvertrags aus Vorjahren.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 68,6 % (2013 = 67,9 %).

2. Finanzlage

Im Geschäftsjahr wurde weitestgehend auf eine Inanspruchnahme von Kontokorrentlinien verzichtet. Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets unter Einhaltung der Zahlungsziele erfüllt.

Die Stichtagslinie ist von 2,6 Mio. EUR auf 2,0 Mio. EUR gesunken.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 9.907,63 EUR aus.

Chancen- und Risikobericht

Nach Gründung der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, seinerzeit als Tochterunternehmen der Regiobahn GmbH, wurde die Durchführung der Eisenbahnverkehrsleistung auf der Linie S28 auf die Gesellschaft übertragen. In diesem Zusammenhang wurden keine zusätzlichen Aufgaben von der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH übernommen, so dass auch keine Erweiterung hinsichtlich des Umfangs der erkennbaren Risiken eingetreten ist.

Laut dem am 08. Oktober 2010 abgeschlossenen Geschäftsanteilskauf- und –abtretungsvertrag wurden die Geschäftsanteile der Regiobahn GmbH an die Landeshauptstadt Düsseldorf (39,0 %), den Rhein-Kreis Neuss (26,0 %), den Kreis Mettmann (22,2 %) und die Stadt Kaarst (12,8 %) veräußert und der Ergebnisabführungsvertrag mit der Regiobahn GmbH einvernehmlich aufgehoben. Damit werden Jahresüberschüsse seit dem Geschäftsjahr 2011 nicht mehr an die Regiobahn GmbH abgeführt bzw. Jahresfehlbeträge werden nicht mehr von der Regiobahn GmbH ausgeglichen.

Das Eigentum an den 12 TALENT-Dieseltriebfahrzeugen der Regiobahn wurde am 31. Dezember 2010 von der Regiobahn GmbH auf die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH übertragen. Die Regiobahn GmbH hatte für die Neuanschaffung der Triebfahrzeuge seinerzeit öffentliche Fördermittel erhalten. Mit Schreiben vom 17. September 2010 und vom 14. Dezember 2010 hatte der Subventionsgeber einer Übertragung der Fahrzeuge zugestimmt und gleichzeitig klargestellt, dass die Regiobahn GmbH als Verkäufer Rechtsträger der gewährten Subventionen bleibt und somit eine Übertragung des Subventionsverhältnisses auf die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft nicht in Betracht kommt. Die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH ist gegenüber dem Subventionsgeber dazu verpflichtet, die Fahrzeuge innerhalb der Zweckbindungsdauer, die spätestens am 30. Juni 2017 abläuft, entsprechend dem Verwendungszweck für den Betrieb auf der Linie S28 einzusetzen.

Die Hauptuntersuchungen an den Triebfahrzeugen sind nicht mehr wie bisher Bestandteil der Subunternehmerleistung, sondern sind seit in Kraft treten des aktuellen Verkehrsvertrags von der Gesellschaft selbst zu beauftragen. Grundsätzlich müssen die Hauptuntersuchungen alle sechs Jahre durchgeführt werden, in Abhängigkeit von dem Ergebnis einer Begutachtung der Fahrzeuge gemäß § 32 Nr. 3 EBO sind aber Verlängerungen von zwei Mal einem Jahr möglich. Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Durchführung der Hauptuntersuchungen an zwei Triebfahrzeugen zum Abschluss gebracht, bei einem weiteren Triebfahrzeug wurde mit der Hauptuntersuchung begonnen. Es ist vorgesehen, die Hauptuntersuchungen an den verbleibenden 10 Fahrzeugen in den Jahren 2015 und 2016 durchzuführen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde eine Änderungsvereinbarung zum Inhouse-Verkehrsvertrag mit der VRR AöR abgeschlossen. Laut dieser Vereinbarung wird der nach Spitzabrechnung des abgelaufenen Verkehrsvertrags von 2009 bis 2011 verbleibende Anspruch der VRR AöR in Höhe von 2.330.174 EUR der Gesellschaft für zusätzliche Leistungen im aktuell bestehenden Inhouse-Verkehrsvertrag zur Verfügung gestellt. Diese zusätzlichen Leistungen bestehen darin, dass Fahrten an Samstagen zwischen 9:00 Uhr und 19:00 Uhr von der Gesellschaft in Doppeltraktion zu erbringen sind und dass die Zugbegleitquote erhöht wird. Der zur Verfügung gestellte Betrag ist zur Erbringung der zusätzlichen Leistungen festgeschrieben, so dass die Gesellschaft die Risiken und Chancen künftiger Preisentwicklungen selber trägt.

Die Regiobahn GmbH hat im Dezember 2013 einen Zuwendungsbescheid für den Streckenausbau der Linie S28 von Mettmann Stadtwald nach Wuppertal erhalten. Die Betriebsaufnahme für den Fahrbetrieb der Verlängerung der S28 bis Wuppertal Hbf ist im Jahr 2017 vorgesehen. Die VRR AöR hat dem Grunde nach eine Zusage für die Übernahme der zusätzlichen Betriebskosten bei einem 20-Minuten-Takt auf der Basis des bestehenden Verkehrsvertrags ab Betriebsaufnahme erteilt. Zur Erbringung der zusätzlichen Betriebsleistung ist die Beschaffung von weiteren Triebfahrzeugen vorgesehen. Da seitens der Regiobahn GmbH beabsichtigt wird, die ein-

zelenen Abschnitte auf dem West- und Ostast der Regiobahnstrecke in mehreren Bauphasen zu elektrifizieren, sollen als zusätzliche Fahrzeuge gebrauchte Elektrotriebfahrzeuge angeschafft werden.

Die Regiobahn GmbH beabsichtigt als weiteres Vorhaben, die Strecke der Regiobahn vom Endhaltepunkt Kaarster See nach Viersen zu verlängern. Die Finanzierung der Betriebsleistungen für dieses Vorhaben ist noch nicht gesichert.

Prognosebericht

Aufgrund der noch ausstehenden Hauptuntersuchungen an 10 von 12 TALENT-Dieselfahrzeugen muss in den Geschäftsjahren 2015 bis 2016 mit negativen Geschäftsergebnissen gerechnet werden. Für das Geschäftsjahr 2015 weist der Wirtschaftsplan ein negatives Jahresergebnis von 707 Tsd. EUR aus. Ab dem Geschäftsjahr 2017 werden auf der Grundlage des bis Dezember 2021 laufenden In-house-Verkehrsvertrags wieder positive Geschäftsergebnisse erwartet.

Geplanter Investitionsschwerpunkt im Geschäftsjahr 2015 ist die mit öffentlichen Fördergeldern bezuschusste Erneuerung der Videoüberwachungsanlagen und der Einbau von automatischen Fahrgastzählgeräten in den Triebfahrzeugen der Regiobahn.

Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

Basisdaten

Anschrift	Meererhof 1 41460 Neuss
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	1995
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 26. Oktober 1995
Handelsregister	HRB 8784 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens laut Gesellschaftsvertrag ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Gesellschaft, selbst Fahrleistungen zu erbringen.

Es gehört zu den Aufgaben des Unternehmens, den Nahverkehrsplan für das Gebiet des Kreises Neuss in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises zu erarbeiten und fortzuschreiben.

Öffentliche Zwecksetzung

Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital⁴ beträgt 25.564,59 EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

⁴ Entsprechend der Bewertung nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode, beläuft sich der ausgewiesene Beteiligungswert in der städtischen Bilanz zum 31.12.2013 auf 2.097,48 Euro.

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Rhein-Kreis Neuss	8.436,32 €	33,00
Stadt Neuss	6.391,15 €	25,00
Stadt Grevenbroich	2.300,81 €	9,00
Stadt Dormagen	2.045,17 €	8,00
Stadt Meerbusch	2.045,17 €	8,00
Stadt Kaarst	1.533,88 €	6,00
Stadt Korschenbroich	1.278,23 €	5,00
Gemeinde Jüchen	1.022,58 €	4,00
Gemeinde Rommerskirchen	511,29 €	2,00

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist Herr Rolf-Peter Weyers für das Geschäftsjahr.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht nach § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages aus 18 Mitgliedern, wovon jeder Gesellschafter zwei Mitglieder stellt.

Vertreter im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH waren für das Berichtsjahr Herr Lars Christoph und Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Geschäftsführer

Hans-Jürgen Petrauschke

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Umlage an die Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH betrug für das Berichtsjahr 750 Tsd. EUR.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Bilanz

Aktiva	31.12.2014	31.12.2013	Passiva	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR		EUR	EUR
Forderungen Guthaben bei Kreditinstituten	37.142,20 1.711.136,13	40.544,99 1.883.096,98	Stammkapital	99.944,00	25.564,58
			Kapitalrücklage	74.379,42	74.379,42
			Jahresergebnis	0,00	0,00
			Rückstellungen	17.500,00	16.450,00
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten geg. Gesellschaftern	1.630.834,33	1.807.247,97

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2013
	EUR	EUR
sonst. betriebliche Erträge	4.601,25	6.688,40
sonst. betriebliche Aufwendungen	5.611,98	6.567,97
sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	1.010,73	311,38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	431,81
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00

Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Moselstraße 14 41464 Neuss
Rechtsform	Kommanditgesellschaft
Gründungsjahr	1989
Gesellschaftsvertrag Handelsregister	in der Fassung vom 18.11.2009 HRA 4570 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb des lokalen Rundfunks. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Aufgaben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen,
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen,
- für den Vertragspartner den in § 72 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen und
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Gegenstand des Unternehmens sind weiterhin alle damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Öffentliche Zwecksetzung

Produktion und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Rhein-Kreis Neuss als Sendegebiet.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital⁵ beträgt 770 Tsd. EUR und ist voll eingezahlt. Es wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

⁵ Der Beteiligungswert wurde in der Bilanz der Stadt Kaarst zum 31.12.2013 mit 15.911,29 Euro auf der Grundlage der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode ausgewiesen.

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Lokalfunk Kreis Neuss GmbH & Co.KG	577.500,00 €	75,00
Rhein-Kreis Neuss	53.900,00 €	7,00
Stadt Neuss	53.900,00 €	7,00
Stadt Grevenbroich	15.400,00 €	2,00
Stadt Dormagen	15.400,00 €	2,00
Stadt Kaarst	15.400,00 €	2,00
Stadt Meerbusch	15.400,00 €	2,00
Stadt Korschenbroich	11.550,00 €	1,50
Gemeinde Jüchen	7.700,00 €	1,00
Gemeinde Rommerskirchen	3.850,00 €	0,50

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Geschäftsführer
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG ist die Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs-GmbH, Neuss (vertreten durch ihren Geschäftsführer, Herrn Uwe Peltzer) als persönlich haftende Gesellschafterin. Deren alleinige Gesellschafterin ist die Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH.

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung war im Berichtszeitraum Herr Hans-Ulrich Boehm.

Personalbestand

Bei der Gesellschaft waren für das Berichtsjahr 2014 durchschnittlich 4 Arbeitnehmer beschäftigt.

2012	2013	2014
4	4	4

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Von dem im Jahr 2013 erwirtschafteten Jahresüberschuss wurden im Berichtsjahr 2014 an die Stadt Kaarst anteilig 2.314,57 EUR Brutto ausgeschüttet.

Bilanz

AKTIVA	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.607,00	5.667,00
II. Sachanlagen		
1. Bauten auf fremden Grundstücken	175,00	384,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.167,00	45.760,00
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	26.000,00	26.000,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Waren	637,70	728,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	126.070,38	93.421,27
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	22.186,56	36.985,47
3. Sonstige Vermögensgegenstände	12.588,00	39.630,97
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	990.461,52	885.445,10
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.896,34	7.342,53
Bilanzsumme AKTIVA	1.243.789,50	1.141.365,14
PASSIVA	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
1. Kapitalanteile der Kommandantisten	795.564,59	795.564,59
B. Sonderposten für aktivierte Anteile an der	26.000,00	26.000,00
C. Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	35.785,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	29.858,93	26.475,25
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	79.464,44	129.706,30
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	254.234,07	139.102,02
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	139,39	2.551,07
4. Sonstige Verbindlichkeiten	22.743,08	21.965,91
Bilanzsumme PASSIVA	1.243.789,50	1.141.365,14

Erläuterungen zur Bilanz

Der Jahresabschluss der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG für das Kalenderjahr 2014 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Die Gesellschaft ist zwar nach den im § 264a i.V.m § 267 HGB angegebenen Größenklassen eine kleine Gesellschaft, wendet aber gemäß dem Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Aufstellung des Jahresabschlusses freiwillig die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften an. Für die Offenlegung des Jahresabschlusses freiwillig die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften an. Für die Offenlegung des Jahresabschlusses wird von den Erleichterungsvorschriften für kleine Kapitalgesellschaften Gebrauch gemacht.

Aufgrund der einheitlichen Darstellung im Konzernabschluss wurde im Einzelabschluss die Position Kostenerstattung Veranstaltergemeinschaft in Höhe von 820 Tsd. EUR (Vorjahr 839 Tsd. EUR) im Geschäftsjahr 2014 unter Materialaufwand, im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2013 in den Konzernabschluss der Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH, Sitz Düsseldorf, einbezogen (größter Konsolidierungskreis). Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 wurde elektronisch dem Bundesanzeiger übermittelt.

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in der Anlage dargestellt. Als Finanzanlagen sind die Anteile an der Komplementärin Lokalradio Neuss Verwaltungs-GmbH, Neuss, zum Nennwert ausgewiesen (Eigenkapital: 48.774,59 EUR, Jahresüberschuss: 3.172,68 EUR).

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Insgesamt sind hierin Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 22 Tsd. EUR (Vorjahr: 37 Tsd. EUR) enthalten.

Alle Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren wie im Vorjahr aus dem laufenden Liefer- und Leistungsverkehr.

3. Sonderposten mit Rücklagenanteil

Der Ausweis des Sonderposten für aktivierte Anteile an der Komplementär-GmbH erfolgt nach § 264c Abs. 4 Satz 1 HGB. Damit hält die Gesellschaft das gesamte Stammkapital ihrer persönlich haftenden Gesellschafterin, der Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs-GmbH, Neuss.

4. Rückstellungen

Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Prüfungskosten in Höhe von 10 Tsd. EUR, um Personalkosten in Höhe von 10 Tsd. EUR und ausstehende Rechnungen in Höhe von 9 Tsd. EUR.

5. Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.
In den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 197 Tsd. EUR (Vorjahr: 110 Tsd. EUR) enthalten.

Alle Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren wie im Vorjahr aus dem laufenden Liefer- und Leistungsverkehr.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 13 Tsd. EUR (Vorjahr: 19 Tsd. EUR).

6. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betragen zum 31. Oktober 2014 insgesamt 85 Tsd. EUR (Vorjahr: 149 Tsd. EUR) und ergeben sich aus Miet- und Leasingverträgen.

Die nicht abgezinsten künftigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgendermaßen fällig:

	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
Fällig innerhalb 1 Jahres	62.000,00	64.000,00
Fällig innerhalb 1 bis 5 Jahre	23.000,00	85.000,00
	85.000,00	149.000,00

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.786.938,01	1.631.637,44	1.564.928,30
2. sonstige betrieblichen Erträge	15.951,59	17.735,57	9.775,47
3. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	903.469,36	62.107,11	58.910,54
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	168.392,90	149.649,10	162.585,34
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	36.417,23	31.972,75	35.801,26
5. Abschreibungen	23.132,74	26.787,56	40.666,93
6. Sonstige betrieblichen Aufwendungen	404.210,68	1.244.144,26	1.234.821,94
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	1.488,03
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.213,46	1.552,32	2.471,30
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	264.053,23	133.159,91	40.934,49
10. Steuern vom Ertrag	39.111,80	18.000,00	447,00
11. Sonstige Steuern	0,00	0,00	29,65
12. Jahresüberschuss	225.941,43	115.159,91	40.457,84
13. Gutschrift auf Privatkonten	-225.941,43	-115.159,91	-40.457,84
14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse entfallen auf Hörfunkwerbung (einschließlich Partnerabrechnung und Erlöse radio NRW) in Höhe von 1.423 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.352 Tsd. EUR), auf Sponsoring in Höhe von 108 Tsd. EUR (Vorjahr: 90 Tsd. EUR) und auf sonstige Erlöse mit 265 Tsd. EUR (Vorjahr: 196 Tsd. EUR) abzüglich Skonto in Höhe von 9 Tsd. EUR (Vorjahr: 7 Tsd. EUR). Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Umsatzerlöse von radio NRW in Höhe von 8 Tsd. EUR (Vorjahr: 16 Tsd. EUR) enthalten.

2. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss in Höhe von 225.941,43 EUR wurde den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Einlage auf den Privatkonten gutgeschrieben.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Durch die weiterhin bestehenden gesamtwirtschaftlichen Planungsunsicherheiten (Finanz-, Währungs- und Konjunkturkrisen insbesondere im außenwirtschaftlichen Umfeld) bleibt auch die wirtschaftliche Entwicklung des Senders kaum seriös prognostizierbar. Es wird von einem anhaltend schwierigen, aber dennoch relativ stabilen wirtschaftlichen Umfeld aus.

Aufgrund der inzwischen seit einigen Jahren zu beobachtenden fehlenden Langfristigkeit bei der Werbeplanung des Kunden sind die Einbuchungen der Spots überwiegend kurzfristig.

Zudem kann sich ein Ausfall von wenigen Großkundenaufträgen insbesondere im lokalen Bereich und bei der Funk-Kombi West erheblich auf den Gesamtumsatz auswirken. Die Planung der Umsatzerlöse ist somit von großer Unsicherheit geprägt. Gut die Hälfte des Umsatzes wird von den regionalen und landesweiten Vermarktungsgesellschaften (Funk-Kombi West / radio NRW) generiert. Dieser relativ hohe Anteil führt dazu, dass NE-WS 89,4 ein funktionsfähiges flächendeckendes Lokalfunksystem angewiesen ist, da der Sender auf die Entwicklung der regionalen und überregionalen Umsätze, und somit auf einen Großteil seines Gesamtumsatzes, nur geringen Einfluss hat. So kann beispielsweise eine durch Reichweitenverluste auf radio NRW-Ebene verursachte Gesamtumsatzeinbuße nur bedingt durch eine Reichweitensteigerung des lokalen Senders ausgeglichen werden.

Im bundesweiten Vergleich haben die Privatradios im letzten Jahr gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Hörermarkt an Zuspruch verloren. Die bundesweite Vermarktung der Privatradios durch die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, entwickelt sich in der Folge auch rückläufig. In NRW hat sich in den letzten Jahren das Wettbewerbsverhältnis des Lokalfunks gegenüber den werbetreibenden WR-Programmen schleichend aber nachhaltig verschlechtert. Der Lokalfunk hat gegenüber der Werbekombination des WDR die Marktführerschaft verloren und liegt mittlerweile um fast 500.000 Hörer in der Durchschnittsstunde hinter dem WDR. Aus dieser negativen Entwicklung im Hörer- und daraus folgend auch im Werbemarkt resultiert der Rückgang der von radio NRW zur Ausschüttung gebrachten Vertriebsvergütung für das Jahr 2014 und in der Prognose für das Jahr 2015.

Durch die sinkenden Werbeerlöse beim Rahmenprogrammanbieter radio NRW stieg in den letzten Jahren die Abhängigkeit von landesweiten Telefonmehrwertgewinnspielen. Diese Gewinnspiele sind eine weitere Möglichkeit, um durch kostenpflichtige Anrufe der Hörer Umsatz zu generieren. In der Planung von radio NRW für das Jahr 2015 decken diese Einnahmen fast 25 % der Vertriebsvergütung. Von den Veranstaltergemeinschaften und Chefredakteuren werden diese Gewinnspiele allerdings mehrheitlich kritisch bewertet. Darüber hinaus zeigt die Erfahrung aus andern Radiomärkten, dass der wiederholte Einsatz dieser Gewinnspiele zu einer Übersättigung der Hörerschaft führen kann. Hier besteht dann zum einen die Gefahr, dass die Beteiligung der Hörer am Gewinnspiel in Form der kostenpflichtigen Anrufe zurückgeht und zum anderen die Hörer aufgrund der mangelnden Attraktivität des Gewinn-

spiels um- bzw. abschalten. Beides hat dann direkte Auswirkungen auf die generierbaren Erlöse.

Die alarmierenden Entwicklungen im Hörer- als auch im Werbemarkt führten im Jahre 2014 auf den verschiedenen Ebenen des Lokalfunksystems zu erheblichen Diskussionen darüber, wie sich das für unser Unternehmen sehr wichtige flächendeckende Lokalfunksystem mit dem alleinigen Mantelprogrammanbieter radio NRW den veränderten Rahmenbedingungen anpassen kann. Während der WDR mit seiner Flottenstrategie in den letzten Jahren eine nachhaltige Zukunftsausrichtung durchsetzen konnte, herrschte im NRW Lokalfunk relativer Stillstand. Aufgrund der gesetzgeberischen Vorschriften im Landesmediengesetz ist das „Zwei-Säulen-Modell“ aus Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften weitgehend unflexibel und kaum in der Lage auf Marktveränderungen adäquat zu reagieren.

Auch bei der Novellierung des Landesmediengesetzes im Jahre 2014 hat der Gesetzgeber lediglich die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für den Lokalfunk in NRW erhalten, eine Anpassung an die veränderte Wettbewerbssituation bzw. eine Entlastung der Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften erfolgte nicht. Aufgrund der politischen Zurückhaltung und der rückläufigen Zukunftsprognosen wurde daher auf allen Ebenen des Lokalfunks ein Reformprozess eingeleitet. Im Rahmen des Veränderungsprozesses wurden auch die Kündigungsfristen der Verträge zwischen radio NRW und den Veranstaltergemeinschaften von 18 auf 9 Monate zum Ende des Jahres 2015 verkürzt. Aus heutiger Sicht sind Vertragskündigungen von Veranstaltergemeinschaften mit der Konsequenz des sukzessiven Zerfalls eines flächendeckenden Lokalfunksystems zwar eher unwahrscheinlich, aber nicht auszuschließen.

Die durch die Genfer Funkwellenkonferenz angestoßene Neuordnung der Rundfunkfrequenzen im Juni 2006 (RRC 06) markiert den Übergang von der analogen auf die digitale terrestrische Rundfunkverbreitung. Dieser Übergang hat sich in den darauf folgenden Jahren aber nicht mit der Geschwindigkeit weiterentwickelt, wie allgemein erwartet wurde. Am 01. August 2012 gingen jedoch 13 öffentlich-rechtliche und private Hörfunkprogramme auf DABplus in bundesweiter digital terrestrischer Verbreitung auf Sendung. Der Digitalstart von DABplus wurde von der Geräteindustrie finanziell unterstützt. Bis 2016 sollen in Deutschland 16 Millionen DABplus-fähige Multinormempfänger verkauft werden. Es sind allerdings Zweifel angebracht, ob das angesichts der Verfügbarkeit des bundesweiten DABplus-Radioangebotes realistisch, denn das als bundesweit angepriesene Netz erreicht derzeit erst 38 Millionen Hörer. Schwierig gestaltet sich auch die Lage in den einzelnen Bundesländern. Bei allen Unterschiedlichkeiten kristallisiert sich heraus, dass die ARD-Landesrundfunkanstalten und die Media Broadcast als Sendernetzbetreiber in allen Bundesländern Interesse daran haben, jeweils eigene landesweite Sendernetze aufzubauen. Eine belastbare Prognose, wie sich das bundesweite DABplus entwickeln wird und ob es zu einem flächendeckenden landesweiten DABplus Sendebetrieb mit neuen regionalen Programmen in NRW kommen wird, ist nach wie vor kaum möglich.

Angesichts der mit der Rundfunkdigitalisierung einhergehenden Zunahme an Verbreitungsmöglichkeiten durchläuft die bestehende Hörfunkordnung einen schleichenden aber grundlegenden Wandel. Die Verbreitung der „Neuen Medien“ (Web-Radio, Online-Dienste, E-Commerce etc.) ist nicht in dem Maße und der Geschwindigkeit erfolgt, wie die anfängliche Euphorie erwarten ließ. Vielmehr hat sich die zusätzliche Verbreitung über Internet als sinnvolle Ergänzung zu dem terrestrischen Weg etab-

liert. Durch das sich verändernde Mediennutzungsverhalten zu Gunsten des Internets ist mittelfristig nicht von einer steigenden Relevanz des Mediums Radio auszugehen, und der analoge Verbreitungsweg UKW wird schleichend an Bedeutung verlieren.

Durch den Tausch von UKW-Frequenzen zwischen BFBS und Deutschlandfunk wurden von der Landesanstalt für Medien im Jahre 2014 elf analoge UKW-Frequenzen in NRW ausgeschrieben. Obwohl mit diesen Frequenzen keine Flächendeckung in NRW und nach bisherigen Berechnungen lediglich maximal 6 Mio. potenzielle Hörer erreicht werden können, gab es 12 Bewerber, die diese Frequenzen für ein Hörfunkprogramm in NRW nutzen möchten. Unter diesen Bewerbern war auch ein Konsortium des bisherigen Lokalfunksystems. Die strategische Ausrichtung dieser Bewerbung war es, mit einem Jugendradio das Lokalfunksystem zu unterstützen und zu stabilisieren und so der Flottenstrategie des WDR etwas entgegenzusetzen. Von der Landesmedienanstalt (LfM) wurde im Ausschreibungsverfahren gegen Ende des letzten Jahres allerdings der Spartensender metropol.fm favorisiert. Dieser erhielt am 23.01.2015 auch die Zuweisung. Für das Lokalfunksystem ist diese Entscheidung eine Belastung. Denn es schafft zum einen einen neuen Wettbewerber und nimmt zum anderen eine Entwicklungsperspektive, die der Lokalfunk dringend gebraucht hätte.

In der Landeshauptstadt Düsseldorf hat sich im Jahre 2011 eine zweite Veranstaltergemeinschaft zur Veranstaltung eines weiteren Lokalprogrammes gegründet. Das Programm soll nach eigenen Angaben unter dem Sender „City Radio Düsseldorf“ rund um die Uhr lokales Programm für Düsseldorf ausstrahlen und damit in direkte Konkurrenz zu NE-WS 89.4 und Antenne Düsseldorf treten. Als Betriebsgesellschaft hat sich die „City Radio Düsseldorf GmbH“ gegründet, eine Tochtergesellschaft von „The Radio Group“, die als Dachgesellschaft bereits 17 Lokalsender unter anderem in Potsdam, Mainz, Saarbrücken und Cottbus betreibt.

Bei der LfM NRW wurde die Lizenz und eine UKW-Frequenz beantragt. Bisher wurde noch keine Sendelizenz erteilt. Die Staatskanzlei NRW hat die Bundesnetzagentur mit der Suche nach einer passenden UKW-Frequenz beauftragt, diese konnte aber bisher nicht gefunden werden. Dieser bisher in NRW einzigartige Vorgang wird - sofern der Sendebetrieb mit einer UKW-Frequenz aufgenommen wird – neben wirtschaftlich negativen Auswirkungen für die Sender in Neuss und Düsseldorf auch negative Auswirkungen für das lokale Rundfunksystem in NRW haben.

Die ProSiebenSat.1-Gruppe (P7S1) plante bereits im Jahre 2012 in fünf Nielsegebieten auch regionale Werbefenster anzubieten und damit den Eintritt in die regionalen Werbemärkte. Rechtlich fragwürdig ist in diesem Zusammenhang, ob eine regionale Auseinanderschaltung von Werbung in einem bundesweiten Rundfunkprogramm mit der Zulassung dieses Programmes als bundesweites (einheitliches) Angebot vereinbar ist. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg als lizensierende Behörde verweigerte daher auch die Sendeerlaubnis für regionale Werbung. Das Verwaltungsgericht Berlin bestätigte diese Rechtsauffassung in erster Instanz. P7S1 hat daraufhin beim Bundesverwaltungsgericht Sprungrevision beantragt. Das Bundesverwaltungsgericht hob das erstinstanzliche Urteil allerdings auf. Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichtes sind nur die redaktionellen Programminhalte Gegenstand des rundfunkrechtlichen Lizenzierungserfordernisses, nicht die Werbung. Hinsichtlich der Werbung enthielten im Rundfunkstaatsvertrag keine einschränkenden Vorgaben zum Verbreitungsgebiet von Werbespots. Die Regionalisierung von Werbung in nationalen TV-Programmen könnte zu gravierenden Umschichtungen

von Werbebudgets zu Lasten der jeweils regional agierenden Werbeträger Hörfunk, Fernsehen und Print führen.

Durch die Abschaffung der GEZ-Gebühren und der Einführung des Rundfunkbeitrages werden die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der laufenden Beitragsperiode von 2013 bis 2016 voraussichtlich 1,1 Mrd. EUR mehr einnehmen als angefordert wurden. Ausgelöst durch diese Mehreinnahmen und die Verwendung dieser Mittel, wird die Forderung nach einem Werbeverbot oder zumindest einer Werbeeinschränkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sehr konkret, aber auch sehr kontrovers diskutiert. Ein Werbeverbot scheint eher unwahrscheinlich, eine Werbeeinschränkung nach dem Vorbild des Norddeutschen Rundfunks (NDR) erscheint allerdings angemessen und durchsetzbar. Das NDR-Modell sieht vor, dass eine ARD-Anstalt auf 60 Minuten Werbung werktäglich auf einem Hörfunkprogramm reduziert ist. Damit würde sich in erster Linie das Angebot an öffentlich-rechtlicher Radiowerbung zu Gunsten des privaten Rundfunks verringern und hierdurch der preisaggressive Wettbewerb im dualen Rundfunksystem deutlich reduziert.

Die von der LfM NRW in 2010 verlängerte Sendelizenz ist bis 2015 gültig. Die Tätigkeit von NE-WS 89.4 darüber hinaus ist von der weiteren Verlängerung der Sendelizenz abhängig. Von der Lizenzverlängerung um zehn Jahre kann aus heutiger Sicht ausgegangen werden.

Nachtragsbericht

Im Januar 2015 teilte radio NRW mit, dass die nationalen Werbeerlöse im Januar 2015 voraussichtlich 23 % unter Plan liegen werden. Darüber hinaus generierte das Telefonmehrwertgewinnspiel in den ersten zwei Spielwochen lediglich 20 % der geplanten Callzahlen. Radio NRW sah sich daher gezwungen, auf eine wahrscheinliche Reduzierung der geplanten Vertriebsvergütung 2015 in Höhe von 19,8 Mio. EUR auf 17,0 Mio. EUR hinzuweisen. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft beeinflussen, sind in 2015 bisher nicht eingetreten.

Volkshochschul-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich

Basisdaten

Anschrift	Am Schulzentrum 18 41564 Kaarst
Rechtsform	Volkshochschulzweckverband im Sinne des Weiterbildungsgesetzes
Gründungsjahr	1976
Satzung	in der Fassung vom 02. Dezember 1998

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Der Zweckverband übernimmt als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule (VHS). Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung nach Weiterbildungsgesetz.

Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Verbandes sind gem. § 1 der Zweckverbandssatzung die Städte Kaarst und Korschenbroich. Die konkreten Beteiligungen⁶ sind nachfolgend dargestellt:

	Beteiligungsquote	Beteiligungswert
Stadt Kaarst	85%	56.086,30 €
Stadt Korschenbroich	15%	9.897,58 €

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Vorstandsvorsteher
- Verbandsversammlung

Verbandsvorsteher

Erster Beigeordneter der Stadt Kaarst Dr. Sebastian Semmler.

⁶ Bei dem dargestellten Beteiligungswert handelt es sich um das jeweils anteilige Eigenkapital zum 31.12.2013. Der bilanzierte Buchwert in der städtischen Bilanz ist mit 42.096,56 Euro ausgewiesen.

Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Volkshochschul-Zweckverbandes. Er ist in dieser Eigenschaft auch unmittelbarer Dienstvorgesetzter aller hauptberuflichen Mitarbeiter der Volkshochschule.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung des Volkshochschul-Zweckverbandes tritt in der Regel zwei Mal jährlich zusammen, um grundlegende Fragen der Gestaltung der Volkshochschularbeit, insbesondere Fragen des Haushalts und des Stellenplans zu beraten und zu beschließen. Für das Berichtsjahr sind folgende Vertreter der Stadt Kaarst in die Verbandsversammlung entsendet:

- Dagmar Treger (Vorsitzende)
- Ursula Baum
- Robert Begerau
- Elke Beyer
- Renate Fischer
- Nadine Graber
- Monika Hartings
- Dilek Haupt
- Christian Horn
- Marianne Michael-Fränzel
- Christian Otte
- Anneli Palmen
- Matthias Pruss
- Anja Rüdiger
- Hermann-Josef Rütten
- Brigitta Thönißen
- Anja Weingran
- Rolf-Peter Weyers
- Angelika Zelleröhr

Personalbestand

	2011	2012	2013	2014
Pädagogische Mitarbeiter	3,6	3,6	3,6	3,75
Verwaltungsmitarbeiter	4	4	4	4
Dozenten	250	250	250	250

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Der Zweckverband finanziert sich über die Verbandsumlage, die von den Mitgliedskommunen zu leisten ist. Für das Jahr 2014 betrug die anteilige Umlage für die Stadt Kaarst 169 Tsd. Euro.

Darüber hinaus hat die Stadt Kaarst gegenüber dem Volkshochschul-Zweckverband zum Stichtag 31.12.2014 eine Verbindlichkeit aus Pensions- und Beihilfeansprüchen in Höhe von 1.241.601,8 Euro.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Bilanz

AKTIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1. <u>Anlagevermögen</u>		
1. 1. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.750,01	4.715,13
1. 2. Sachanlagen		
1. 2. 1. Unbebaute Grundstücke und	0,00	0,00
1. 2. 2. Bebaute Grundstücke und	0,00	0,00
1. 2. 3. Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
1. 2. 4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
1. 2. 5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	10.727,92	10.727,92
1. 2. 6. Maschinen und technische Anlagen,	5.941,48	585,16
1. 2. 8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	47.041,26	53.039,21
1. 2. 9. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00
1. 3. Finanzanlagen		
1. 3. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. 3. 2. Beteiligungen	0,00	0,00
1. 3. 3. Sondervermögen	0,00	0,00
1. 3. 4. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.968,54	1.876,53
1. 3. 5. Ausleihungen	0,00	0,00
1. 3. 5. an verbundene Unternehmen		
1. 3. 5. an Beteiligungen		
1. 3. 5. an Sondervermögen		
1. 3. 5. Sonstige Ausleihungen		
	<hr/>	<hr/>
	68.429,21	70.943,95
2. <u>Umlaufvermögen</u>		
2. 1. Vorräte		
2. 1. 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00
2. 1. 2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00
2. 2. Forderungen und sonstige		
2. 2. 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und	1.460.708,00	1.354.165,00
2. 2. 1. 1. Gebühren		
2. 2. 1. 2. Beiträge		
2. 2. 1. 3. Steuern		
2. 2. 1. 4. Forderungen aus Transferleistungen		
2. 2. 1. 5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderu		
2. 2. 2. Privatrechtliche Forderungen	1.000,00	47,15
2. 2. 2. 1. gegenüber dem privaten Bereich		
2. 2. 2. 2. gegenüber dem öffentlichen Bereich		
2. 2. 2. 3. gegen verbundene Unternehmen		
2. 2. 2. 4. gegen Beteiligungen		
2. 2. 2. 5. gegen Sondervermögen		
2. 2. 3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2. 3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
2. 4. Liquide Mittel	26.269,26	213.468,08
		<hr/>
		1.567.680,23
3. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	13.280,05	12.810,33
Summe Aktiva	<hr/>	<hr/>
	1.569.686,52	1.651.434,51

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

PASSIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1. <u>Eigenkapital</u>		
1. 1. Allgemeine Rücklage	47.627,60	47.627,60
1. 2. Sonderrücklagen	0,00	0,00
1. 3. Ausgleichsrücklage	18.356,28	18.356,28
1. 4. Jahresüberschuss	-53.145,98	0,00
	<u>12.837,90</u>	<u>65.983,88</u>
2. <u>Sonderposten</u>		
2. 1. für Zuwendungen	0,00	0,00
2. 2. für Beiträge	0,00	0,00
2. 3. für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00
2. 4. Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
3. <u>Rückstellungen</u>		
3. 1. Pensionsrückstellungen	1.460.708,00	1.354.165,00
3. 2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
3. 3. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
3. 4. Sonstige Rückstellungen	28.093,86	170.190,02
	<u>1.488.801,86</u>	<u>1.524.355,02</u>
4. <u>Verbindlichkeiten</u>		
4. 1. Anleihen	0,00	0,00
4. 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
4. 2. 1. von verbundenen		
4. 2. 2. von Beteiligungen		
4. 2. 3. von Sondervermögen		
4. 2. 4. vom öffentlichen Bereich		
4. 2. 5. vom privaten Kreditmarkt		
4. 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur	0,00	0,00
4. 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	1,19	0,00
4. 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	58.897,72	48.283,15
4. 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00
4. 7. Sonstige Verbindlichkeiten	9.147,85	12.812,46
	<u>68.046,76</u>	<u>61.095,61</u>
5. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	0,00	0,00
Summe Passiva	<u><u>1.569.686,52</u></u>	<u><u>1.651.434,51</u></u>

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden gemäß § 43 Abs. 1 GemHVO NRW nur aktiviert, soweit sie entgeltlich erworben wurden. In 2014 werden sie mit 2.750,01 EUR bilanziert. Es handelt sich um System- und Anwendungssoftware, die dem Betrieb der EDV-Anlage dient.

Sachanlagen

Gegenüber den Wertansätzen in der Eröffnungsbilanz auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten nach § 54 GemHVO NRW wurden für das im Haushaltsjahr 2013 zugegangene Vermögen gemäß § 33 GemHVO NRW die geleisteten Anschaffungskosten und die erbrachten Herstellungskosten als Wertansätze zugrunde gelegt.

Das vhs-eigene Kunstwerk „Alle Leute gehen zur Volkshochschule“ wird gem. § 55 (3) GemHVO mit dem einer dauerhaften Versicherung zugrunde zu legenden Wert mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten von 10.727,92 € angesetzt.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus dem Anlagenspiegel für das Haushaltsjahr 2014, s. 3.1. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit 47.041,26 EUR bilanziert, die technischen Anlagen mit 5.941,48 EUR. Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern gilt die vom Innenministerium bekannt gegebene Abschreibungstabelle für Kommunen.

Finanzanlagen

Hier werden 1.968,54 EUR als Beteiligung am Kommunalen Versorgungsrücklagenfonds (KVR-Fonds) bei den Rheinischen Versorgungskassen für die Beamten des Zweckverbandes als Wertpapiere des Anlagevermögens bilanziert. Die Bedeutung des vor Einführung der Pensionsrückstellungen zu bildenden Pflichtfonds entfiel mit der Einführung der Pensionsrückstellungen. Er wird vom Zweckverband auch nicht auf freiwilliger Basis weitergeführt. Die bereits angesparten Fondsanteile erfahren lediglich eine jährliche Wertentwicklung.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Gesamtübersicht der Forderungen einschließlich der Restlaufzeiten ist dem Forderungsspiegel zu entnehmen, s. 3.2.

Die Gebühren, die Forderungen aus Transferleistungen, die sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen und die privatrechtlichen Forderungen wurden im Grundsatz mit dem Nennwert bzw. Barwert angesetzt. Auf niedergeschlagene Forderungen aus dem Jahr 2013 und vorhergehenden Jahren wurde eine pauschale Wertberichtigung von 100 % vorgenommen.

Liquide Mittel

Als liquide Mittel wurden Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 26.269,26 € ausgewiesen. Der Ansatz erfolgte zum Nennbetrag. Die Veränderung von 66.081,40 € im Vergleich zum 31.12.2012 entspricht dem Saldo der Finanzrechnung.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Gehaltszahlungen für Beamte von 13.280,05 €, die vor dem Bilanzstichtag verausgabt wurden, aber erst nach dem Bilanzstichtag Aufwand darstellen.

Passiva:

Allgemeine Rücklage

Als allgemeine Rücklage ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen des vhs-Zweckverbandes (= Aktivseite) und der Ausgleichsrücklage, den Sonderrücklagen, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen.

Ausgleichsrücklage

Die Höhe der Ausgleichsrücklage wurde nach § 75 Abs. 3 GO NRW gebildet. Sie betrug in der Eröffnungsbilanz 2006 ein Drittel der Höhe des Eigenkapitals. Im Jahresabschluss 2014 wird sie im Gegensatz zu den Jahresabschlüssen 2009-2013 vollständig in Anspruch genommen

Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag

Das Jahresergebnis beträgt 53.145,98 EUR. Er resultiert aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014. Die Ausgleichsrücklage wird vollständig zur anteiligen Deckung des Jahresfehlbetrages in Anspruch genommen.

Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die Bezüge der Versorgungsempfänger des vhs-Zweckverbandes werden durch den Anschluss an die Rheinische Versorgungskasse von dort ausgezahlt. Unmittelbare Zahlungsverpflichtungen bestehen insoweit nicht. Dennoch verbleibt ein mittelbarer Zahlungsanspruch der Versorgungsempfänger gegenüber dem vhs-Zweckverband, welcher entsprechend als ungewisse Verbindlichkeit zu bilanzieren ist.

Der Wert für die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen wurde durch die Rheinische Versorgungskasse auf der Grundlage einer versicherungsmathematischen Berechnung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zum 31.12.2014 mit RVK-Ausgabedatei vom 04.02.2015 ermittelt.

Danach beinhalten die Rückstellungen neben den künftigen Versorgungslasten der vhs Kaarst-Korschenbroich auch die Ansprüche auf Beihilfen nach § 88 Landesbe-

amtengesetzt und die Ansprüche nach § 107b BeamtVG. Bei den Berechnungen sind die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 % berücksichtigt worden.

31.12.2013	Aktiva	Passiva
Pensions- und Beihilfeansprüche	1.244.851 €	1.460.708 €
Ansprüche §107b BeamtVG	215.857 €	
	1.460.708 €	1.460.708 €

Den Pensionsrückstellungen von 1.460.708 € stehen Forderungen gegen die Verbandskommunen als sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen von 1.244.851 € und Forderungen nach § 107b BeamtVG von 215.857 € gegenüber. Die Verbandskommunen haben dem Ausweis dieser Forderungen schriftlich zugestimmt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen gemäß § 36 Abs. 4 GemHVO NRW im Jahresabschluss 2014 umfassen nunmehr nur noch die Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub in Höhe von 28.093,86 €. Alle Rückstellungen aus Vorjahren in Höhe von 159.405,09 € wurden aufgelöst. Nach § 11 Abs. 2 Satz 3 der Satzung des vhs-Zweckverbandes sind Überschüsse und Fehlbeträge spätestens im übernächsten Rechnungsjahr auszugleichen.

Verbindlichkeiten

Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor.

Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von 1,19 € , s. Verbindlichkeitspiegel unter 3.3.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Weitere Einzelheiten gehen aus dem diesem Anhang beigefügten Verbindlichkeitspiegel hervor, s. 3.3. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung bestehen in Höhe von 58.897,72 €. Hierunter fallen insbesondere Honorarzahungen an Dozenten für Veranstaltungen, die in 2014 durchgeführt wurden. Zum Stichtag bestanden noch keine Zahlungsverpflichtungen, jedoch sind die entstandenen Aufwände im Rahmen einer antizipativen Rechnungsabgrenzung dem Haushaltsjahr 2014 zuzuordnen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Es bestehen sonstige Verbindlichkeiten von 9.147,85 € (insbes. Lohnsteuer der Personalaufwendungen).

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Es bestehen keine passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Sonstige Angaben

1. Es bestehen **finanzielle Verpflichtungen** aus Wartungsverträgen von 13.519,63 €, aus Mietverträgen von 38.177,52 € und aus Leasingverträgen von 13.147,95 € p.a.
2. Finanzielle Verpflichtungen bestehen ferner aus der Mitgliedschaft im Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V. von 4.952,61 €.
3. Die vhs Kaarst-Korschenbroich ist **Mitglied der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse in Köln**. Die hierüber versicherten Mitarbeiter der vhs Kaarst-Korschenbroich und deren Hinterbliebene erhalten von der RVK/RZVK Versorgungs- und Versicherungsrenten. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf den vhs-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich entfallenden Vermögen der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten der ausgeschiedenen Mitarbeiter liegen allenfalls der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse vor und stehen - wie allen Mitgliedern der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse - der vhs Kaarst-Korschenbroich nicht zur Verfügung. Der Umlagesatz beträgt 4,25 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,5 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell ist aufgrund der demographischen Entwicklung von steigenden Umlagesätzen auszugehen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Bezeichnung	2014	2013
Steuern und ähnliche Abgaben		
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	414.409,73	514.962,58
+ Sonstige Transfererträge		
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	542.636,52	484.631,45
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	23.079,50	24.352,50
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	92.738,03	74.444,12
+ Sonstige ordentliche Erträge	268.218,94	275.547,91
+ Aktivierte Eigenleistungen		
+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00
= ORDENTLICHE ERTRÄGE	1.341.082,72	1.373.938,56
- Personalaufwendungen	-1.064.953,64	-976.434,21
- Versorgungsaufwendungen	-11.964,00	-83.263,55
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.212,74	-31.311,64
- Bilanzielle Abschreibungen	-22.684,57	-19.814,77
- Transferaufwendungen	0,00	-2.880,00
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-271.509,45	-253.118,32
= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN	-1.394.324,40	-1.366.822,49
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	-53.241,68	7.116,07
+ Finanzerträge	96,06	2.080,33
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-0,36	-9.196,40
= FINANZERGEBNIS	95,70	-7.116,07
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	-53.145,98	0,00
+ Außerordentliche Erträge		
- Außerordentliche Aufwendungen		
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	0,00	0,00
= JAHRESEERGEBNIS	-53.145,98	0,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Jahresergebnis 2014 schließt mit einem Fehlbetrag von 53.145,98 EUR ab.

Lage des Verbandes

Das Jahresergebnis 2014 schließt mit -53.145,98 € ab.

In Bezug auf den fortgeschriebenen Haushaltsansatz des Rechnungsjahres 2014 ergeben sich bei den Erträgen insgesamt Weniger-Erträge von 45.667,28 €.

Hier sind insbesondere die Weniger-Erträge aus den Umlagezahlungen der Verbandsstädte zu nennen. Von den in den sonstigen Rückstellungen nach § 36 Abs. 6 GemHVO gebildeten Überschüssen des Zweckverbandes aus dem Jahresabschluss 2012 waren 168.531,68 € gem. § 11 der Satzung des vhs-Zweckverbandes entsprechend des satzungsmäßigen Anteilverhältnisses 85/15 an die Verbandsstädte Kaarst und Korschenbroich zurückzuführen und mit der Verbandsumlage zu

verrechnen. Weiter sind Weniger-Erträge aus Teilnehmerentgelten von 17.363,48 € und aus bilanziellen Zuschreibungen von 26.663,99 € zu nennen.

Dem gegenüber stehen Mehr-Erträge von 22.738,03 € für BAMF-geförderte Integrationskurse, sowie Erträge aus der Auflösung der sonstigen Rückstellungen von 159.405,09 €, s. hierzu auch 4.5.

In Bezug auf den fortgeschriebenen Haushaltsansatz des Rechnungsjahres 2014 ergeben sich bei den Aufwendungen insgesamt Weniger-Aufwendungen von 7.724,40 €.

Hier sind insbesondere die Weniger-Aufwendungen aus Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger von 81.600 € zu nennen, die keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung haben.

Dem gegenüber stehen Mehr-Personalaufwendungen von 33.084,72 € für die tariflich Beschäftigten und 47.428 € Mehraufwendungen bei den Pensionsrückstellungen für die Beschäftigten, die wiederum keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung haben, sowie Mehr-Aufwendungen bei den bilanziellen Abschreibungen von 5.884,57 €.

Ausblick und Risikobericht

Alle Überschüsse des Zweckverbandes aus Vorjahren, festgestellt in Verwendungsbeschlüssen der Verbandsversammlung, sind an die Verbandsgemeinden zurückgezahlt. Alle Rückstellungen aus Vorjahren, zuletzt der Restbestand der Rückstellung von 159.405,09 EUR, sind satzungsgemäß aufgelöst. Nach Verrechnung der Rückstellung beträgt das Jahresergebnis 2014 -53.145,98 EUR.

Hierüber ist von der Verbandsversammlung in der Sitzung am 18.11.2015 ein Beschluss herbeizuführen. Der Beschluss beinhaltet, dass der festgestellte Fehlbetrag zum 31.12.2014 im Haushaltsjahr 2016 satzungsgemäß nach § 11 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung zusätzlich zu veranschlagen ist. Die vollständige Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und die weitere Verrechnung des Jahresergebnisses gegen die allgemeine Rücklage reduzieren das Eigenkapital des Zweckverbandes nach Ergebnisverwendung von 65.983,88 EUR auf 12.837,90 EUR.

Durch die zusätzlich in 2016 mit der Verbandsumlage bereitzustellenden Mittel ist Zielsetzung, das Eigenkapital wieder entsprechend zu erhöhen. Dies geschieht, indem im Haushalt 2016 gem. § 11 Abs. 2 der Satzung des vhs-Zweckverbandes eine Umlage von 53.145,98 EUR zusätzlich veranschlagt wird. Sie dient dem Erhalt der Leistungsfähigkeit des Zweckverbands und kann für die künftige Aufgabenerfüllung eingesetzt werden.

Mit einem Bestand von 26.269,26 EUR sind zum Bilanzstichtag 31.12.2014 noch liquide Mittel vorhanden. Sie erhöhen sich in kommenden Jahresabschlüssen durch Zuführung der zusätzlich in 2016 zu veranschlagenden 53.145,98 EUR wieder.

Die Ertragslage des Zweckverbandes ist im Verhältnis zu vergleichbaren Einrichtungen weiterhin positiv. Die Entwicklung der Erträge (Teilnehmerentgelte, Landes- und Bundesförderung und Sponsorengelder) ist abhängig von externen Faktoren, die vom Zweckverband nicht beeinflusst werden können (gesamtwirtschaftliche Lage, Finanzkrise). Sie wirken auf den Zweckverband zum Teil nur mittelbar ein, da die finanziellen Risiken von den Verbandsstädten Kaarst und Korschebroich über

die Umlagefinanzierung getragen werden. Ob die Landesförderung über 2016 hinaus auf konstantem Niveau bleibt, ist noch nicht bekannt.

In den Jahren 2006, 2007 und 2009 sank das Anlagevermögen infolge seiner Abschreibung, da keine entsprechenden Neuinvestitionen getätigt wurden. In den Jahren 2008 bis 2012 wurde der Bestand durch verstärkte Investitionstätigkeit gesichert. In den Jahren 2013 und 2014 lagen die Neuinvestitionen wieder hinter den Abschreibungsbeträgen zurück. Die geordneten Vermögensverhältnisse des Zweckverbandes bilden eine solide Basis für die Zukunft.

Die einzubeziehenden Pensionsrückstellungen führen zu keinen unmittelbaren Zahlungsverpflichtungen, da die Beitragszahlungen an die RVK die laufenden Ansprüche der Versorgungsempfänger abdecken. Insofern ist die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes noch besser, als es das Jahresergebnis ausweist. Künftig erworbene Pensionsansprüche der aktiven Beamten werden im Rahmen der lfd. Haushaltswirtschaft erwirtschaftet.

Zweckverband IT-Kooperation Rheinland

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes lag der Stadt Kaarst lediglich der vorläufige Jahresabschluss 2013 vor. Die ITK-Rheinland teilte mit, dass der Jahresabschluss 2013 noch von der Verbandsversammlung bestätigt werden muss. Aufgrund dessen beziehen sich die Werte auf den vorläufigen Jahresabschluss 2013.

Basisdaten

Anschrift	Hammfelddamm 4 41464 Neuss
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsjahr	1998
Satzung	in der Fassung vom 11. Dezember 2007

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Gemäß § 2 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, die kommunale Datenverarbeitungszentrale für die Verbandsmitglieder zu betreiben und technikunterstützende Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes für seine Verbandsmitglieder bereitzustellen. Insbesondere obliegen ihm

- Entwicklung und Fortschreibung gemeinsamer Standards für eine einheitliche informationstechnische Infrastruktur,
- Entwicklung und Fortschreibung von Konzeptionen zu Einsatz und Nutzung der TUIV
- Auswahl und Beschaffung, Neuentwicklung, Weiterentwicklung und Pflege der Anwendersoftware,
- Organisation und Bereitstellung von Beratung und Unterstützung sowie Betreuung und Schulung,
- Abwicklung der zentralen Produktion,
- Organisation der netztechnischen Infrastruktur zwischen der ITK Rheinland und den Anwenderverwaltungen, einschließlich Betrieben der Netze,
- Organisation und Betrieb der IT-Infrastruktur in den Anwenderverwaltungen auf deren Wunsch und
- Organisatorische Weiterentwicklung der Zusammenarbeit.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 100.000 EUR. Das gesamte Eigenkapital zum 31.12.2014 betrug 2.549.279,34 Euro.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Der Betrag von 158.189,84 Euro, der in der städtischen Bilanz als Beteiligungswert ausgewiesen wurde, beruht auf dem anteiligen Eigenkapitalwert der ITK-Neuss zum Stichtag 31.12.2007.

Die Beteiligungsverhältnisse zum 31.12.2014⁷

Rhein-Kreis Neuss	9 Stimmen	355.927,15 €
Stadt Neuss	15 Stimmen	593.211,92 €
Stadt Grevenbroich	5 Stimmen	197.737,31 €
Stadt Dormagen	6 Stimmen	237.284,77 €
Stadt Meerbusch	4 Stimmen	158.189,84 €
Stadt Kaarst	4 Stimmen	158.189,84 €
Stadt Korschenbroich	3 Stimmen	118.642,38 €
Gemeinde Jüchen	2 Stimmen	79.094,92 €
Gemeinde Rommerskirchen	2 Stimmen	79.094,92 €
	<u>50 Stimmen</u>	<u>1.977.373,05 €</u>

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- **Verbandsversammlung**
- **Verwaltungsrat**
- **Verbandsvorsteher**

Verbandsversammlung

Die **Verbandsversammlung** bestimmt als politisches Gremium die strategische Ausrichtung der ITK Rheinland und entscheidet über die Finanz- und Personalressourcen. In der **Verbandsversammlung** sitzen Mitglieder aus den Stadt- und Gemeinderäten der Landeshauptstadt Düsseldorf, im Rhein-Kreis Neuss und aus dem Kreistag. Mindestens einmal jährlich tagt die **Verbandsversammlung**. Vorsitzender ist Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der **Verbandsversammlung** sind:

- Herr Daniel Fleck
- Frau Christiane Fuhrmann (Abteilung TUIV)
- Stellvertreter: Herr Theodor Thissen
- Stellvertreter: Herr Erwin Kronenberg (Abteilung Organisation)

Verwaltungsrat

⁷ Der ausgewiesene Bilanzwert beläuft sich auf 158.189,84 Euro und wurde anhand des anteiligen Eigenkapitals ermittelt.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder bilden einen Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat beschließt über alle Angelegenheiten, die weder zur Zuständigkeit der Verbandsversammlung noch zur Zuständigkeit des Verbandsvorstehers gehören.

Verbandsvorsteher

Verbandsvorsteher ist Manfred Abrahams, Stadtdirektor und Kämmerer der Landeshauptstadt Düsseldorf. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbands im Nebenamt; unterstützt wird er durch die Geschäftsführer Dr. Bodo Karnbach (Vorsitzender der Geschäftsführung) und Wolfgang Vits. Stellvertretender Verbandsvorsteher ist Herr Herbert Napp, Bürgermeister der Stadt Neuss.

Personalbestand

Der Personalbestand hat sich im Wirtschaftsjahr 2014 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Endbestand 31.12.2014
Beamte	93	0	8	85
Beschäftigte	117	7	6	118
Versorgungsempfänger	8	2	0	10
Begünstigte eines Versorgungsempfängers	2	0	0	2
	220	9	14	215

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Stadt Kaarst hat im Jahr 2014 Zahlungen in Höhe von 1.159.717,06 EUR an die ITK-Rheinland geleistet für Produktionskosten, Leistungskosten, Schulungen, Leasing und Webhosting.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen	13.174.768,09	12.471.538,52
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	<i>11.562.979,72</i>	<i>10.679.666,79</i>
1. Lizenzen	7.067.533,54	3.473.066,05
2. Geleistete Anzahlungen	4.495.446,18	7.206.600,74
<i>II. Sachanlagen</i>	<i>1.606.888,37</i>	<i>1.791.871,73</i>
1. Bauten auf fremden Grundstücken	660.482,71	771.877,39
2. Technische Anlagen und Maschinen	162.179,77	227.785,80
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	784.225,89	792.208,54
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00
<i>III. Finanzanlagen</i>		
Sonstige Ausleihungen	4.900,00	0,00
B. Umlaufvermögen	32.736.270,91	28.986.622,12
<i>I. Vorräte</i>	<i>245.623,99</i>	<i>283.622,38</i>
<i>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>	<i>32.490.578,53</i>	<i>28.381.795,35</i>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistung	931.195,61	455.078,04
2. Forderungen gegen Verbandsmitglieder	31.559.363,12	27.926.077,31
3. Sonstige Vermögensgegenstände	19,80	640,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.235.890,46	1.147.618,26

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Passiva

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital	4.627.468,89	2.549.279,34
I. Stammkapital	100.000,00	100.000,00
II. Rücklagen Allgemeine Rücklage	2.449.279,34	2.360.875,14
III. Jahresüberschuss	2.078.189,55	88.404,20
B. Rückstellungen	37.265.771,47	34.349.019,03
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	28.057.882,87	26.504.979,00
2. sonstige Rückstellungen	9.207.888,60	7.844.040,03
C. Verbindlichkeiten	5.021.159,14	5.256.135,49
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.202.723,38	1.444.861,00
2. Anzahlungen auf Bestellungen	1.954.955,71	1.656.682,95
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.213.212,98	1.836.233,09
4. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	650.267,07	318.348,78
5. sonstige Verbindlichkeiten	0,00	9,67
D. Rechnungsabgrenzungsposten	232.529,96	451.345,04

Erläuterungen zur Bilanz

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten angesetzt, vermindert um lineare, planmäßige Abschreibungen. Von dem im Rahmen des Mil-MoG eingeführten Wahlrecht, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zu aktivieren (§ 248 Absatz 2 Satz 1 HGB), wurde kein Gebrauch gemacht.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Anlagegegenstände werden linear unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu 150,00 EUR werden im Jahr des Zugangs direkt im betrieblichen Aufwand berücksichtigt. Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten über 150,00 EUR bis 1000,00 EUR werden gemäß § 6 Abs. 2a EStG in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die **Vorräte** werden unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten bewertet.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** sind zum Nennwert bilanziert.

Die **Forderungen gegen Verbandsmitglieder** betreffen insbesondere Forderungen gegen die Städte Neuss und Düsseldorf aus Erstattungsansprüchen für übernommene Pensions- und Beihilferückstellungen (14.384 Tsd. EUR; i.V. 13.945 Tsd. EUR) Die Forderung aus dem eingerichteten Cash-Management (nur Stadt Neuss) (12.596 Tsd. EUR; i.V. 8.470 Tsd. EUR) wird hier ebenfalls ausgewiesen. Des Weiteren werden unter diesem Posten Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Entwicklungsleistungen und Softwarebeschaffungen (659 Tsd. EUR; i.V. 235 Tsd. EUR), aus der Einführung des neuen Finanzwesens (2.422 Tsd. EUR; i.V. 2.382 Tsd. EUR) ausgewiesen. Die Forderungen gegen Verbandsmitglieder haben mit Ausnahme der Forderung aus dem Cash-Management und der Forderung aus Lieferungen und Leistungen eine Restlaufzeit von über einem Jahr.

Die verbleibenden Forderungen haben Restlaufzeiten von unter einem Jahr.

Das Konto der Hausbank der ITK Rheinland ist in das zentrale Cash-Management der Stadt Neuss eingebunden, so dass hier der Ausweis von **Guthaben bei Kreditinstituten** entfällt.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** berücksichtigt im Wesentlichen geleistete Mietvorauszahlungen für zusätzliche Komponenten in den neuen Räumlichkeiten am Hammfelddamm 4, Neuss, geleistete Vorauszahlungen für die Wartung von Hard- und Software in Folgejahren sowie die im Dezember 2014 gezahlten Beamten- und Pensionsbezüge für Januar 2015.

Das **Eigenkapital** hat sich im Wirtschaftsjahr 2014 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2014 TEUR	Zugang TEUR	Abgang TEUR	Endbestand 31.12.2014 TEUR
Stammkapital	100,0	0,0	0,0	100,0
Allgemeine Rücklage	2.361,0	88,0	0,0	2.449,0
Bilanzgewinn	88,0	2.078,0	88,0	2.078,0

Das Stammkapital von EUR 100.000,00 entspricht § 12 Abs. 1 der Verbandssatzung und ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Allgemeine Rücklage beträgt zum 31.12.2014 EUR 2.449.279,34. Ihr wurde im Jahr 2014 der Gewinn 2013 in Höhe von 88.404,20 Euro zugeführt.

Der Jahresüberschuss zum Stand 31.12.2014 betrug EUR 2.078.189,55.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Die Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2014 wie folgt entwickelt:

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	26.504.979,00	465.227,43	0,00	2.018.131,30	28.057.882,87
Beihilfen Pensionäre	3.732.904,00	52.230,62	0,00	2.101.081,62	5.781.755,00
Erstattungsverpflichtung aus Beihilfen gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorf	44.940,00	0,00	0,00	31.635,61	76.575,61
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	1.124.885,00	162.426,98	335.234,00	475.313,37	1.102.537,39
Urlaub und Überstunden	965.061,61	965.061,61	0,00	953.043,14	953.043,14
Ungewisse Verbindlichkeiten	517.000,00	0,00	517.000,00	0,00	0,00
Beamtenbesoldung	120.450,00	35.338,51	85.111,49	0,00	0,00
Mietnebenkosten und sonstige ausstehende Eingangsrechnungen	690.040,20	176.168,11	36.348,89	371.643,08	849.166,28
Altersteilzeit	279.397,00	134.603,16	0,00	13.421,00	158.215,03
Leistungsor. Entgelt	94.546,77	94.564,77	0,00	123.979,83	123.979,83
Archivierung	67.700,00	0,00	67.700,00	0,00	0,00
Jahresabschlusskosten	100.162,50	84.459,13	5.843,05	97.756,00	107.616,32
Beihilfen Beamte	35.000,00	21.631,37	13.368,63	55.000,00	55.000,00
Sonstige Rückstellungen	7.844.040,03	1.787.309,02	1.071.716,06	4.222.873,65	9.207.888,60
Summe	34.349.019,03	2.252.536,45	1.071.716,06	6.241.004,95	37.265.771,47

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen umfassen sämtliche Pensionsansprüche von Beamten und deren Hinterbliebenen. Die Bewertung erfolgt auf Grundlage der versicherungsmathematischen Berechnung des Personal- und Verwaltungsmanagements der Stadt Neuss und des Hauptamtes der Stadt Düsseldorf. Der Ermittlung des versicherungsmathematischen Teilwerts zum 31.12.2014 wurde gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW i.V.m. § 36 GemHVO ein Zinssatz von 5 % p.a. zugrunde gelegt. Den bilanzierten Pensions- und Beihilferückstellungen stehen ausgewiesene Erstattungsansprüche von 14.383.567 EUR (i. V. 13.945.098 EUR) gegenüber, die unter den Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern ausgewiesen werden.

In Bezug auf den frühesten Finanzierungsbeginn wurden die beamtenrechtlichen Regelungen berücksichtigt. Darüber hinaus wurden Dienstzeiten der Teilzeitbeschäftigten. Darüber hinaus wurden Dienstzeiten der Teilzeitbeschäftigten zu 100 % bei

der Berechnung des Teilwertes berücksichtigt. Im Bereich der Beihilferückstellungen wurde im Jahr 2014 die Methodik zur Berechnung und Bildung der Rückstellungen und Erstattungsansprüche vereinheitlicht.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden für vier bereits abgeschlossene Verträge gebildet. Die Rückstellungen berücksichtigen die ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Betrag der voraussichtlichen Inanspruchnahme. Die Altersteilzeitrückstellungen wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Wirtschaftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Die im Jahr 2014 gebildete Rückstellung in Höhe von 517 Tsd. EUR für eventuell anfallende Ansprüche aus einem Lizenzaudit der Firma IBM wurde in voller Höhe aufgelöst. Das Audit ist abgeschlossen und die IBM verzichtete auf eine Nachforderung im Rahmen des Lizenzaudits gegenüber der ITK.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die zum Betrieb erforderlichen Finanzmittel hat die ITK Rheinland aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftet. Zur Finanzierung von Zusatzleistungen im NFW-Projekt wurde, bedingt durch eine spätere Einführung des SAP-Verfahrens bei den Städten Neuss und Meerbusch sowie dem Rhein-Kreis Neuss, ein Kassenkredit aufgenommen. Insgesamt war die ITK Rheinland stets in der Lage, ihren fälligen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern** resultieren im Wesentlichen aus der laufenden Liefer- und Leistungsverrechnung.

Die Restlaufzeiten der bestehenden Verbindlichkeiten sind dem Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen. Die Verbindlichkeiten sind insgesamt ungesichert.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** berücksichtigt im Wesentlichen die anteiligen Einnahmen für Lizenzen (164 Tsd. EUR) sowie die anteilige Einnahmen für die Fileservice-Lösung NetApp der Landeshauptstadt Düsseldorf (69 Tsd. EUR).

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
1. Umsatzerlöse	39.138.366,94	36.738.649,20
2. Erhöhung bzw. Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-33.846,75	-285.093,53
3. sonstige betriebliche Erträge	1.933.230,39	6.139.360,77
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	-1.125.855,65	-367.988,77
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-15.725.326,60	-18.286.097,29
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-10.519.993,09	-10.126.188,05
b) Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-4.297.070,26	-7.980.403,93
Abschreibung auf immaterielle		
6. Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen	-3.086.862,46	-2.174.389,91
7. sonstige betrieblichen Aufwendungen	-2.716.942,49	-2.432.366,07
8. Erträge aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.496,64	7.008,65
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.500.007,12	-1.144.086,87
11. Jahresüberschuss	2.078.189,55	88.404,20
12. Bilanzgewinn aus dem Vorjahr	0,00	0,00
13. Ausschüttung an die Verbandsmitglieder	0,00	0,00
14. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	0,00	0,00
15. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	0,00	0,00
16. Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage	0,00	0,00
17. Auflösung der zweckgebundenen Rücklage	0,00	0,00
18. Bilanzgewinn	2.078.189,55	88.404,20

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzen sich im Wirtschaftsjahr und im Vorjahr wie folgt zusammen:

	TEUR	TEUR
Erlöse von Verbandsmitgliedern	36.356	27.573
Erlöse aus Weiterverrechnung Verband	792	7.154
Erlöse von Dritten	1.848	1.856
Erlöse aus Weiterverrechnung Telekommunikation	135	137
Erlöse Weiterverrechnung Dritte	7	19
	<hr/>	<hr/>
	39.138	36.739

Nachdem im Jahr 2012 eine Einigung über die neuen Grundsätze der Preisbildung erreicht werden konnte, wurden erstmalig die Produkte der ITK Rheinland nach diesen neuen Grundsätzen für das Jahr 2014 kalkuliert. Die Preise für die einzelnen Leistungen ergeben sich aus der Preisliste 2014 und vertraglichen Vereinbarungen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** resultieren im Wesentlichen aus dem Erstattungsanspruch für Pensionen und Beihilfen (TEUR 765; i.V. TEUR 5.050), aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 1.072; i.V. TEUR 1.028) sowie aus periodenfremden Beträgen (TEUR 76; i.V. TEUR 52).

Die **Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe** beinhalten Aufwendungen für die ITK Rheinland sowie für die Verbandsmitglieder. Die ITK Rheinland hat für Papier, Formulare, Toner, Softwarelizenzen bis EUR 150,00/ Stück, Softwareupdates, Hardwareergänzungen und Speichermedien insgesamt TEUR 1.021 (i.V. TEUR 237) aufgewendet. Auf den Anwenderverbund entfallen Aufwendungen für Lizenzen und sonstiges Material in Höhe von TEUR 104 (i.V. TEUR 131).

Auch die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** sind hinsichtlich der Empfänger ITK Rheinland bzw. Verbandsmitglieder zu trennen.

Die ITK Rheinland hatte Aufwendungen für:

	2014 TEUR	2013 TEUR
Produktionsleistungen des Competence Centers Rechenzentrum und innerhalb der IT-K R/R	6.544	3.716
Weiterverrechnungen	830	7.178
Leasing, Wartung, Instandhaltung Hardware	947	1.215
Wartung Software	4.928	3.367
Sonstige bezogene Leistungen für Produktion	2.466	2.790
Schulungsaufwand	10	20
	<hr/>	<hr/>
	15.725	18.286

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Der Aufwand für Weiterverrechnungen insgesamt hat im Berichtszeitraum 934 Tsd. EUR (i. V. 7.309 Tsd. EUR) betragen.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Besoldung und Vergütung	10.197	9.992
Aufwand aus Personalerstattungen an die Landeshauptstadt Düsseldorf	309	122
Sonstige Löhne und Gehälter	14	13
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	1.122	1.005
Beiträge zur Unfallversicherung	18	15
Aufwendungen für Altersversorgung	2.925	6.693
Aufwendungen für Unterstützung	232	267
	14.817	18.107

Der Personalaufwand umfasst zum einen die eigenen Mitarbeiter der ITK mit durchschnittlich 113 (i. V. 112) Beschäftigten und 89 (i. V. 93) Beamten. Darüber hinaus wurden unter „Aufwand aus Personalerstattungen an die Landeshauptstadt Düsseldorf“ die Aufwendungen für zwei in Altersteilzeit befindliche abgeordnete Angestellte der Stadt Düsseldorf ausgewiesen. Der Rückgang in den Aufwendungen für Altersversorgung resultiert aus Einmaleffekten im Jahr 2013, in welchem die Pensionsansprüche von übernommenen Beamtinnen und Beamten auf die ITK übertragen wurden. Dies hat zu einer einmaligen erheblichen Steigerung der Aufwendungen für Altersvorsorge geführt..

Der Personalbestand hat sich im Wirtschaftsjahr 2014 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Endbestand 31.12.2014
Beamte	93	0	8	85
Beschäftigte	117	7	6	118
Versorgungsempfänger	8	2	0	10
Begünstigte eines Versorgungsempfängers	2	0	0	2
	220	9	14	215

Die deutliche Zunahme der Aufwendungen für Altersversorgung resultiert insbesondere aus der Übernahme von 23 Beamten der Landeshauptstadt Düsseldorf und einem weiteren Beamten zur ITK Rheinland, dieser Zunahme stehen jedoch auch erhöhte Erträge aus Erstattungsansprüchen unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gegenüber.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind Aufwendungen für die laufenden Kosten zur Aufrechterhaltung des Betriebes enthalten. Hierunter fallen beispielsweise, Miete und Nebenkosten inklusive Energie, Kosten der Kommunikation,

Fortbildungen, eingekaufte Verwaltungsdienstleistungen, Rechts- und Beratungskosten.

Die **sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** werden durch das Cash-Management (TEUR 12; i. V. TEUR 4) sowie den Zinsanteil der Lizenzkosten (TEUR 1; i. V. 3 TEUR 0) erzielt.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** betreffen mit TEUR 1.500 (i. V. TEUR 1.144) im Wesentlichen den Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen sowie die Zinsen des Kassenkredites (TEUR 12; i. V. TEUR 0,5).

Lage des Verbandes und Ausblick

Ertragslage

Im Jahr 2014 hat die ITK Rheinland einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.078 Tsd. EUR erwirtschaftet. Die einzelnen Positionen können der nachfolgenden Darstellung entnommen werden (alle Beträge gerundet):

- Umsatzerlöse	39.138 TEUR
- Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-34 TEUR
- Sonstige betriebliche Erträge	1.933 TEUR
- Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	1.126 TEUR
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	15.725 TEUR
- Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	10.520 TEUR
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4.297 TEUR
- Abschreibungen	3.087 TEUR
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.717 TEUR
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13 TEUR
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.500 TEUR
- Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.078 TEUR

Vermögenslage

Die Vermögenslage hat sich im Bereich des Anlagevermögens (+703 Tsd. EUR) aufgrund weiterer Investitionen insbesondere für das neue Finanzwesen und im Bereich der Forderungen gegen Verbandsmitglieder (3.633 Tsd. EUR) deutlich verändert.

Die Anlagendeckung (Deckung des Anlagevermögens durch das Eigenkapital) betrug 35,1 % (20,4 % i.V.). Unter zusätzlicher Berücksichtigung des langfristigen Fremdkapitals betrug die Anlagendeckung 300,7 % (266,0 % i.V.). Die Langfrist-Deckung, d.h. die Deckung des Anlagevermögens und des langfristigen Umlaufvermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital, lag bei 129,3 % (114,3 % i.V.). die Forderung, dass langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert werden soll, ist somit vollständig erfüllt.

Im Berichtsjahr wurden 3.790 Tsd. EUR (3.534 Tsd. EUR i. V.) in das Anlagevermögen investiert. Hierbei handelt es sich überwiegend um Softwarelizenzen und geleistete Anzahlungen im Rahmen der Einführung des neuen Finanzwesens. Die gesamten Investitionen wurden zu 81,6 % (61,5 % i.V.) durch Abschreibung gedeckt. Die Finanzierung erfolgte aus Kassenmitteln, lediglich zur Finanzierung von Zusatzleistungen im NFW-Projekt erfolgte die Aufnahme eines Kassenkredites.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 betrug die Eigenkapitalquote 9,8 % gegenüber 6,0 % im Vorjahr.

Zum Bilanzstichtag sehen kurzfristigen Forderungen einschließlich der liquiden Mittel (15.026 Tsd. EUR; 12.140 Tsd. EUR i. V.) kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 7.300 Tsd. EUR (8.975 Tsd. EUR i.V.) gegenüber. Die langfristigen Rückstellungen in Höhe von 34.075 Tsd. EUR (30.630 Tsd. EUR i.V. haben zum Bilanzstichtag einen Anteil von 72,3 % (71,9 % i.V.) an der Bilanzsumme.

Finanzlage

Der Zweckverband verfügt über eine ausreichende Liquidität, die jedoch auch der Refinanzierung der künftig fälligen Pensionsverpflichtungen dient. Anhand des Vermögens- und Finanzplans werden der Kapitalbedarf und die Fremdkapitalaufnahme abgestimmt.

Die Ermächtigung für die Aufnahme des Kassenkredites ergibt sich aus dem Beschluss der Verbandsversammlung zum Wirtschaftsplan 2014 vom 16.12.2012. Der Kredit wurde verwendet für die Finanzierung von Zusatzleistungen im Bereich NFW, die sich aus der Verschiebung des Einführungsbeginns der Software bei den Städten Neuss und Meerbusch sowie des Rhein-Kreis Neuss vom 01.01.2013 auf den 01.01.2014 ergaben. Die ITK Rheinland ist in das zentrale Cash-Management der Stadt Neuss eingebunden.

Ausblick, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Jahr 2014 ist geprägt durch die intensive Auseinandersetzung der Mitglieder mit der strategischen Ausrichtung der ITK in den kommenden Jahren. Die Diskussionen wurden in den unterschiedlichen Gremien der ITK geführt und haben deutlich gemacht, dass eine Harmonisierung der unterschiedlichen Anforderungen der Verbandsmitglieder an den Verband eine besondere Herausforderung darstellt.

Bei der Evaluation der Diversifizierung im Verband wurde deutlich, dass die große Herausforderung in den unterschiedlichen Betriebsmodellen und Leistungsabnahmen liegt. Bei über 400 Produkten existiert nicht eines, das von allen Verbandsmitgliedern in der gleichen Art und Weise abgenommen und/oder fakturiert wird. Diese Heterogenität zeigt, dass es Optimierungspotential hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit des verbandsweiten IT-Einsatzes gibt.

Der Verband muss einen Weg finden, die unterschiedlich intensive Inanspruchnahme und die teilweise vorhandenen Doppelstrukturen nach und nach zu reduzieren, um die vorhandenen Synergiepotentiale optimal zu nutzen.

Die im Jahr 2014 begonnene Diskussionen zur Strategie des Verbandes kann die ITK stärken und dazu führen, dass:

- Die ITK ihren Mitgliedern Leistungen im IT Umfeld wirtschaftlicher anbieten kann als dies aktuell möglich ist und die Qualität der Leistungserbringung insgesamt steigt,
- Die Durchdringung mit IT im gesamten Verband erhöht wird und so auch die Kommunen zeitgemäße Angebote für ihre Bürger erbringen können und die Konsequenzen des demographischen Wandels besser bewältigen,
- Die vorhandenen Ressourcen für im Verband geforderte Innovationen und die wirtschaftliche Bewältigung der stetig steigenden Komplexität in der Informationstechnik eingesetzt werden können,
- Eine Antwort auf die demographische Entwicklung im IT-Bereich und den Fachkräftemangel gegeben wird.

Um diese Entwicklung zu unterstützen, soll eine mehrjährige, gemeinsam mit den Mitgliedern erarbeitete und von den Gremien u beschließende Weiterentwicklungsplanung erstellt und umgesetzt werden. Erste erfolgversprechende Ansätze sind erkennbar.

Die Planung der Weiterentwicklung soll für die Wirtschaftsplanung im Wesentlichen neutral erfolgen, da über den Einsatz der vorhandenen Personalressourcen entschieden wird. Die auf diese Anteile entfallenden Kosten könnten nach Anzahl der Einwohner auf die Verbandsmitglieder umgelegt werden.

Preisbildung

Neben den grundsätzlichen strategischen Fragestellungen wird auch die Novellierung des Preisbildungsmodells den Verband im kommenden Jahr weiter beschäftigen. Dabei geht es nicht um eine Veränderung der Höhe der Einnahmen der ITK, sondern um die Verteilung auf die einzelnen Verbandsmitglieder.

Das bisherige Modell, das am 13.06.2012 vom Verwaltungsrat beschlossen wurde, befindet sich in der Evaluierung. Dabei ist deutlich geworden, dass es hier zu einer Umverteilung der produktunabhängigen Kosten kommt. Diese werden nach dem aktuell gültigen Modell auf jede einzelne zu fakturierende Position berechnet und führen so dazu, dass eine starke Inanspruchnahme des Zweckverbandes de facto bestraft wird und Entscheidungen eines Verbandsmitgliedes über die Abnahme oder Nicht-Abnahme von Leistungen direkte finanzielle Auswirkungen auf alle anderen Verbandsmitglieder haben.

Die Satzung sieht vor, dass die gesamten Kosten des Verbandes über die zum 30.06. für das Folgejahr bekannt zu gebenden Produktpreise finanziert werden. Durch die Berechnung der Gemeinkosten auf zusätzliche Aufträge werden Erlöse erzielt, die die Höhe der Gemeinkosten übersteigen.

Es wird diskutiert, dass anders als bisher die Gemeinkosten zukünftig nicht mehr auf jede einzelne Faktura berechnet werden, sondern vorab nach einem noch festzulegenden Verteilungsschlüssel von den Verbandsmitgliedern getragen werden.

Jede Veränderung der bisherigen Kostenverteilung wird unterschiedliche Auswirkungen auf die finanzielle Belastung der Verbandsmitglieder haben, so dass eine für alle tragbare Lösung zu finden ist.

Einführung des neuen Finanzwesens

Das bislang größte Projekt der ITK, die Einführung des neuen Finanzwesens auf Basis von SAP ist zu Beginn des Jahres 2015 planmäßig umgesetzt worden. Nach Kaarst, Neuss, Meerbusch und dem Rhein-Kreis Neuss wurde nunmehr die Kernverwaltung der Landeshauptstadt Düsseldorf erfolgreich zum 01.01.2015 umgestellt.

Nun gilt es die durch SAP gelegte Basis für ein integriertes System zu nutzen und auszubauen. Hier ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, Schnittstellen zu reduzieren, Abläufe zu vereinfachen und so den Informationsfluss in den Verwaltungen zu optimieren, Fehlerquellen und Ressourceneinsatz zu reduzieren.

Ein wichtiges Projekt wird bereits im Jahr 2015 starten: Im Verband wird das Business Warehouse implementiert werden. Weitere Module werden auf die Möglichkeit einer zeitnahen Einführung untersucht, etwa Bestandteile der Warenwirtschaft, um Bestellungen verwaltungsweit und ohne die Erstellung von zusätzlichen Papierbelegen abwickeln zu können. Im Rahmen einer Roadmap werden weitere Schritte gemeinsam mit den Anwendern erarbeitet.

Personalgewinnung/ demographischer Wandel

Die Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal im IT Bereich zu finden, nehmen stetig zu. Neben dem allgemeinen Engpass auf dem Markt sind die weniger attraktiven Konditionen des Tarifgefüges ein Grund, dass Stellenausschreibungen immer öfter ohne positives Ergebnis enden.

Die Gewinnung von eigenen Nachwuchskräften gestaltet sich ebenfalls immer schwieriger. Im Jahr 2015 wird nur einer von zwei Auszubildenden befristet in den Dienst der ITK übernommen werden. Die ITK wird daher verstärkt auf den Bereich des dualen Studiums setzen und so versuchen, geeignete Nachwuchskräfte zu rekrutieren.

Bis zum Ende des Jahres 2017 werden 11 Mitarbeitende die ITK altersbedingt verlassen. Zusätzlich zu der Herausforderung jeweils eine geeignete Nachfolge zu finden, ist es zwingend erforderlich, das vorhandene Wissen dieser Kollegen zu transferieren beziehungsweise in geeigneter Form zu konservieren.

Generelle Risiken

Umsatzsteuer

Nach einem mehrjährigen Stillstand in der Diskussion liegt nun ein Gesetzentwurf für einen neuen § 2b UStG vor. Danach sollen unter bestimmten Voraussetzungen die Leistungen von Zweckverbänden nicht steuerbar sein. Nach dem aktuellen Erkenntnisstand sollen die Leistungen der ITK unter den Anwendungsbereich des neuen § 2b UStG fallen und somit nicht der Umsatzbesteuerung unterliegen.

Aktuell befindet sich dieser Entwurf in der Abstimmung bei den Verbänden. Es steht zu erwarten, dass das Gesetzgebungsverfahren im Jahr 2015 abgeschlossen sein wird. Bis zum Jahr 2019/2020 wurde eine Übergangsregelung in Aussicht gestellt.

Haushaltslage der Kommunen

Die wirtschaftliche Lage für die Kommunen im Zweckverband bleibt angespannt. Da die ITK ausschließlich für Kommunen tätig ist, bleiben hier entsprechende Risiken bestehen.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich hier keine wesentlichen Änderungen der Risikolage ergeben. Im Vergleich zu Unternehmen im privatwirtschaftlichen Bereich ist die Risikolage überschaubar und durch gemeinsame Anstrengungen mit den Mitgliedern zu meistern.

Ausblick

Die Planung für das Wirtschaftsjahr 2015 sieht einen Überschuss in Höhe von 108 Tsd. EUR vor. Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 13.11.2014 vorgeschlagen, dass die Steigerung der Personalkosten auf Grund von Tarifabschlüssen entsprechend den Vorgaben für kommunale Haushalte mit 2 % statt wie im Entwurf vorgesehen mit 3 % eingeplant werden soll. Die Planung wurde entsprechend geändert und von der Zweckverbandsversammlung am 11.12.2014 beschlossen.

Im Jahr 2015 wird mit steigenden Umsatzerlösen von rund 40.267 Tsd. EUR, davon etwa 37.299 Tsd. EUR an Umsatzerlösen mit Mitgliedern, gerechnet. Die Umsatzsteigerung resultiert im Wesentlichen aus der Einführung neuer Verfahren und einem partiellen Parallelbetrieb von Plattformen. Grundlage für diese Prognose ist die satzungsgemäße Bekanntgabe der Produktpreise 2015 für die Mitglieder am 30.06.2014. Die Berechnung dieser Preise beruht auf dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 13.06.2012.

Die Personalplanung sieht eine vollständige Substitution der Personalabgänge vor.

Im Wesentlichen wird von einer positiven Entwicklung ausgegangen.

Wasser- und Bodenverband Nordkanal

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Wasser – und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetz vom 12. Februar 1991
Gründungsjahr	1961
Satzung	in der Fassung vom 11. Dezember 1995

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

- Ausbau einschließlich naturnahem Rückbau und Unterhaltung von Gewässern
- Bau und Unterhaltung von Anlagen an und in Gewässern
- Schutz von Grundstücken vor Hochwasser

Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse⁸ richten sich nach dem Beitragsverhältnis (§ 31) und dem Verhältnis der Ausschussmitglieder (§ 10 Abs. 8).

Verbandsmitglied	Anzahl der Ausschussmitglieder	Beteiligungsquote
Stadt Kaarst	14	54%
Stadt Korschenbroich	6	23%
Stadt Neuss	4	15%
Stadt Willich	1	4%
Erftverband	1	4%

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

⁸ Der Wasser- und Bodenverband Nordkanal ist mit einem Beteiligungswert von 45.122,88 Euro zum 31.12.2012 in der städtischen Bilanz erfasst. Die Wertermittlung erfolgt anhand der anteiligen kameralen Rücklage.

Organe des Verbandes

- Vorstand
- Verbandssausschuss

Vorstand

Der Vorstand besteht aus 5 Personen und wird für eine Dauer von 5 Jahren gewählt. Der Vorstandsvorsitzende ist der Verbandsvorsteher.

Im Berichtsjahr war Bürgermeister Franz-Josef Moormann Verbandsvorsteher. Weiteres ordentliches Mitglied des Vorstandes war für die Stadt Kaarst Herr Volker Schöneberg, sowie Frau Elke Beyer

Verbandsauschuss

Nach § 10 Abs. 8 Verbandssatzung stellt die Stadt Kaarst 14 Ausschussmitglieder. Im Berichtszeitraum waren neben dem Verbandsvorsteher folgende Personen in den Verbandsauschuss berufen:

John, Mathias
Karis, Josef
Kühl, Sabine
Palmen, Anneli
Rüdiger, Anja
Thissen, Theodor
Treger, Dagmar
Weyers, Rolf-Peter
Zelleröhr Angelika
Opial, Jan (Bereich Tiefbau, Grünentwicklung und Baubetriebshof)

Personalbestand

Nach § 21 der Verbandssatzung hat der Verband einen Kassenverwalter und einen Techniker einzustellen.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Im Jahr 2014 wurde eine Verbandsumlage in Höhe von 22.739,98 Euro von der Stadt Kaarst an den Wasser- und Bodenverband Nordkanal gezahlt.

Haushalt

Der Wasser- und Bodenverband Nordkanal ist ein Zweckverband nach dem Landeswassergesetz. Dementsprechend gilt die Landeshaushaltsordnung NRW für die Aufstellung eines Haushaltes, wonach keine Verpflichtung besteht einen doppelten Haushalt aufzustellen und eine Bilanz zu erstellen.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2014

Verwaltungshaushalt

	2014	2013
Einnahmen		
Bezeichnung		
Umlage Erschwerer	29.771,73	29.634,17
Umlage seittl. Einzugsgebiet	29.228,27	29.365,83
Zinsen und sonst. Einnahmen	111,97	163,53
Zuführung vom Vermögenshaushalt	0,00	0,00
Zuschuss zum Gutachten	0,00	0,00
	59.111,97	59.163,53
Ausgaben		
Entschädigungen etc.	15.110,83	15.215,16
Schreibearbeiten	1.460,76	1.455,00
Deponiekosten	0,00	0,00
Unterhaltungsmaßnahmen	24.822,21	27.775,79
Gutachten Wasserrahmenrichtlinie	0,00	0,00
Versicherungen	2.015,11	2.009,74
Vermischte Ausgaben	262,02	368,70
Pausch. Verwaltungskosten	159,00	201,96
Zuführung an d. Vermögenshaushalt	15.282,04	12.137,18
	59.111,97	59.163,53

Vermögenshaushalt

	2014	2013
Einnahmen		
Entnahme aus Rücklage	42.903,00	0,00
Zuführung aus Verwaltungshaushalt	9.616,26	12.137,18
	52.519,26	12.137,18
Ausgabe		
Zuführung zur Rücklage	9.616,26	12.137,18
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	42.903,00	0,00
	52.519,26	12.137,18

Fortschreibung des Mittelbestandes

Kassenbestände	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Sparbuch (allg. Rücklage)	113.440,40	98.158,36	86.021,18	69.364,68
Festgeldkonto	0,00	0,00	1.091,34	1.091,34
Geschäftskonto	26.020,08	22.763,66	26.061,71	7.126,02
Zinsen	111,97	163,63	293,46	360,75
Zuführung in allg. Rücklage	-15.282,04	-12.137,18	0,00	0,00
Entnahme aus allg. Rücklage	0,00	0,00	-16.656,50	11.211,90
	124.230,41	108.948,47	96.811,19	89.154,69